

Franz Eibl
Politik der Bewegung

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 60

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Franz Eibl

Politik der Bewegung

Gerhard Schröder
als Außenminister
1961–1966

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Die Arbeit wurde im Jahr 1998 von der Philosophischen Fakultät III – Geschichte, Gesellschaft und Geographie – der Universität Regensburg als Dissertation angenommen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eibl, Franz:

Politik der Bewegung : Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966

/ Franz Eibl. – München : Oldenbourg, 2001

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 60)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1998

ISBN 3-486-56550-8

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Konferenz der Außenminister der Bundesrepublik und der Drei Mächte am 11./12. Dezember 1961 in Paris: Lord Home, Dean Rusk, Gerhard Schröder und Maurice Couve de Murville (v.l.), ACDP-Bildarchiv

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56550-8

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Thema	9
2. Quellenlage	12
3. Forschungsstand	16
I. <i>Der Werdegang Gerhard Schröders bis zu seinem Amtsantritt als Außenminister</i>	25
II. <i>Außenminister unter Bundeskanzler Konrad Adenauer 1961–1963</i> ..	45
1. Die Berufung zum Außenminister	45
2. Schröders außenpolitische Konzeption	60
3. Die Differenzen mit den USA in der Berlin-Frage	73
Überblick über die Entwicklung der Zweiten Berlin-Krise bis zum Bau der Berliner Mauer (73) – Der eingeschränkte außenpolitische Handlungsspielraum der Bundesrepublik seit dem 13. August 1961 (82) – Deutsch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der Berlin-Politik (104) – Von der NATO-Ministerratssitzung in Athen bis zur Kuba-Krise (121)	
4. Die Erweiterung des ostpolitischen Horizonts	134
Der Streit um Botschafter Hans Kroll und die deutsch-sowjetischen Beziehungen bis zum Ende der Kanzlerschaft Adenauers (134) – Der Beginn einer neuen Osteuropa-Politik (149)	
5. Die Bundesrepublik zwischen „atlantischer Partnerschaft“ und einem „europäischen Europa“	155
Das Scheitern der Politischen Union (155) – Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 und der Streit um den britischen EWG-Beitritt (170) – Der „Triumph des Atlantizismus“ (184)	
6. Nach der Kuba-Krise: Bonn im Zeichen der „partiellen sicherheitspolitischen Kooperation“ der Supermächte	208
Die militärische Strategie der „flexible response“ und die politische Doktrin der „arms control“ (208) – Das MLF-Projekt und andere Konzeptionen einer nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik (215) – Der Streit um den Beitritt zum Atomteststopp-Abkommen (230) – Die Bemühungen um einen neuen Deutschland-Plan (242)	
7. „Schröder statt Erhard?“. Die Diskussion um die Kanzlernachfolge	248

<i>III. Außenminister unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966</i>	257
1. Gerhard Schröders „Öffnung zum Osten“	257
Die Konzeption der „neuen Ostpolitik“ (257) – Die Handelsabkommen mit den kommunistischen Staaten (264) – Keine Auflockerung im deutsch-sowjetischen Verhältnis (274)	
2. Die Bundesregierung in der deutschlandpolitischen Defensive . . .	279
Die weiteren Bemühungen um eine deutschlandpolitische Initiative der Westmächte (279) – Erste innerdeutsche Kontaktaufnahmen: die Passierscheinvereinbarungen (293) – Die „deutsche Nahostkrise“ (302) – Ist eine Änderung der Deutschland-Politik unumgänglich? (324)	
3. Krise im Bündnis, Krise der EWG	338
Schröders Kampf um die MLF und ein französisches „Angebot“ zur atomaren Zusammenarbeit (338) – „Gespensterflotte“ MLF (353) – Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen (366) – Ökonomische und politische Differenzen in der europapolitischen Zusammenarbeit der „Sechs“ (384) – De Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ (396) – Frankreichs Austritt aus der militärischen Integration der NATO (404)	
4. Entspannung ohne Fortschritte in der deutschen Frage?	415
Schröders „Politik der Bewegung“ (415) – Ein eigener Beitrag zur Entspannung: Die „Friedensnote“ der Bundesregierung vom 25. März 1966 (423) – Das Eingeständnis des Scheiterns: „Die Zeit der aktiven Wiedervereinigungspolitik ist vorbei“ (432)	
Zusammenfassung	437
Abkürzungsverzeichnis	451
Quellen- und Literatur	455
Personenregister	481

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 1998 von der Philosophischen Fakultät III – Geschichte, Gesellschaft und Geographie – der Universität Regensburg angenommen wurde. Den Anstoß für die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik Gerhard Schröders gab mein langjähriger akademischer Lehrer Prof. Dr. Jens Hacker, der die Arbeit mit großem Engagement betreute. Während der gesamten Promotionszeit gab er wertvolle Anregungen und war stets bereit, Hilfestellung zu leisten. Er vermittelte auch den Kontakt zu Zeitzeugen. Die Drucklegung der Studie konnte er leider nicht mehr miterleben. Prof. Hacker starb am 17. Januar 2000 nach kurzer schwerer Krankheit in Köln. Ihm ist diese Arbeit gewidmet.

Prof. Ekkehard Völkl danke ich für die bereitwillige Übernahme des Zweitgutachtens. Diese Studie wäre nicht möglich gewesen, wenn die Universität Regensburg meine Forschungen nicht über weite Strecken durch ein Stipendium finanziert hätte. Dank gebührt ebenso den zahlreichen Bibliothekaren und Archivaren, die mir bei der Arbeit Unterstützung gewährten. Insbesondere bin ich den Mitarbeitern des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin sowie Herrn Engelbert Hommel, M.A., von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf/Bad Honnef verpflichtet. Den Zeitzeugen, die sich für Gespräche zur Verfügung gestellt haben, schulde ich besonderen Dank. Ihre Aussagen haben vieles erhellt und manches Detail in den großen Zusammenhang einordnen lassen. Durch wertvolle Hinweise haben Frau Dr. Anneliese Poppinga, Dr. Frank A. Mayer und Dr. Torsten Oppeland zum Fortgang der Untersuchung beigetragen. Einen großen Anteil am Gelingen der Arbeit haben zahlreiche Freunde und Bekannte, die durch Hilfe und Zuspruch zum Abschluß beitrugen, aber auch durch Ablenkung für den manchmal nötigen Ausgleich sorgten. Gedankt sei ebenfalls meinen Eltern für ihre stete Unterstützung.

Schließlich danke ich dem Institut für Zeitgeschichte für die Aufnahme der Arbeit in der Reihe „Studien zur Zeitgeschichte“. Das Manuskript wurde für die Drucklegung nochmals überarbeitet. Für diesbezügliche Anregungen gilt mein Dank den Professoren Klaus Hildebrand und Rudolf Morsey. Die Betreuung während der Drucklegungsphase übernahm freundlicherweise Dr. Petra Weber vom IfZ.

Bonn, im April 2000

Franz Eibl

Einleitung

1. Thema

Noch vor wenigen Jahren brachte eine Durchsicht der wissenschaftlichen Literatur das Ergebnis, daß politische Biographien zur Geschichte der Bundesrepublik eher selten vertreten waren. Von Ausnahmen abgesehen – zum Beispiel die vierbändige Biographie über Jakob Kaiser¹ und das zweibändige Werk Hartmut Soells über Fritz Erler² – hatten sich weder Politikwissenschaftler noch Zeithistoriker in Monographien mit dem Wirken einzelner Politiker, vor allem im Bereich der Außenpolitik, auseinandergesetzt. In jüngster Zeit war man jedoch bemüht, diese Lücke zu schließen. Eine Vielzahl von politischen Biographien wurde veröffentlicht: Hans-Peter Schwarz und Henning Köhler legten voluminöse Studien über Konrad Adenauer vor³. Untersuchungen über Reinhold Maier, Carlo Schmid, Heinrich Lübke, Ludwig Erhard und Thomas Dehler folgten⁴. Einen Sonderfall stellen die Untersuchungen von Daniel Kosthorst und Andreas Vogtmeier dar, in denen die Deutschland-Politik Heinrich von Brentanos bzw. Egon Bahrs im Vordergrund steht⁵.

Die vorliegende Arbeit scheint sich auf den ersten Blick diesem Trend anzuschließen. Doch erhebt sie nicht den Anspruch, auch eine Biographie des Menschen Gerhard Schröder zu sein. Sie will und kann nicht die Ursachen seines Wesens, die Antriebe für sein Handeln, die Prägungen durch seine Umwelt oder die tieferen Gründe für seine Überzeugungen erschließen. Wie bereits der Titel deutlich macht, steht das politische Wirken Schröders zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt seines Lebens im Mittelpunkt, nämlich seine Amtszeit als Außenminister in den Jahren 1961 bis 1966. Die Studie beabsichtigt, die Motive für seine außenpolitischen Überzeugungen zu erhellen und seinen Einfluß auf die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland in diesen Jahren darzustellen. Angesichts der großen Zahl an wissenschaftlichen Werken über die Außenpolitik der Bundesrepublik stellt sich zwangsläufig die Frage, welchen Erkenntniswert eine weitere Untersuchung zu diesem Thema haben kann. Betrachtet man lediglich die Arbeiten, die sich speziell mit der auswärtigen Politik Bonns in den sechziger Jahren beschäftigen, entsteht der Eindruck, als ob sich die Forschung mit allen Problembereichen der damaligen Zeit bereits in erschöpfender Weise auseinandergesetzt habe; sei es nun die Berlin-Krise, die deutsch-französische Zusammenarbeit, der Streit zwischen den sogenannten *Gaullisten* und *Atlantikern* um den Kurs der

¹ KOSTHORST/CONZE/NEBGEN, Jakob Kaiser.

² SOELL, Fritz Erler.

³ SCHWARZ, Adenauer I; ders., Adenauer II; KÖHLER, Adenauer.

⁴ MATZ, Reinhold Maier; WEBER, Carlo Schmid; MORSEY, Heinrich Lübke; HENTSCHEL, Ludwig Erhard; WENGST, Thomas Dehler.

⁵ KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit; VOGTMEIER, Egon Bahr und die deutsche Frage.

Außenpolitik der Bundesrepublik, die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) sowie der Beginn der Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Bonner Wiedervereinigungspolitik. Auch daß die Jahre 1961 bis 1966 einen besonderen Stellenwert für die Außenpolitik der Bundesrepublik einnehmen, da sie in der Ost- und Deutschland-Politik, wie es Willy Brandt einmal ausdrückte, den Übergang von der „älteren zur jüngeren Hallstein-Zeit“ bilden⁶, vermag die Notwendigkeit dieser Arbeit noch nicht ausreichend zu erklären. Es sei daher an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Untersuchung nicht das Ziel hat, die Geschichte der Außenpolitik der Bundesrepublik in den Jahren von 1961 bis 1966 zu schreiben. Sie will sich vielmehr auf den politischen Beitrag konzentrieren, den Schröder zur Formulierung der auswärtigen Politik leistete. Diesbezüglich ist eine erhebliche Forschungslücke festzustellen. Unterzieht man das vorhandene Schrifttum einer genaueren Prüfung, so stellt man fest, daß die Darstellung des Außenpolitikers Gerhard Schröder blaß und konturlos bleibt und nicht ohne Widersprüche ist. Auf dieses Defizit der Forschung machte bereits Henning Köhler aufmerksam, als er im Frühjahr 1995 für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Aufsatzsammlung⁷ zur Außenpolitik der Bundesrepublik des Jahres 1963 besprach, die von den Bearbeitern der Edition *Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland* (AAPD) vorgelegt wurde. Köhler beklagte damals: „Es fehlt eine Studie, die den persönlichen Anteil Schröders an der Außenpolitik herausarbeitet, seinen Arbeitsstil, seine Konzeption und seinen Widerstand gegen Adenauer.“⁸ Eine umfassende Untersuchung der Außenpolitik Schröders erscheint zudem geboten, da nach Ablauf der 30jährigen Sperrfrist umfangreiche Aktenbestände erstmals zugänglich sind. Die in den vergangenen Jahren veröffentlichten Bände der AAPD, die zum größten Teil bislang als vertraulich eingestufte Dokumente des Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1963 bis 1966 enthalten, rufen geradezu nach einer wissenschaftlichen Auswertung. Dank der deutlich verbesserten Quellenlage ist nun eine wissenschaftliche Analyse der Außenpolitik Gerhard Schröders möglich. Welche Ziele er mit seiner Politik verfolgte, auf welche Weise er die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik gestalten wollte, welche Hemmnisse ihm dabei entgegenstanden, welchen Hintergrund seine Ost- und Deutschland-Politik hatte und warum sie trotz bemerkenswerter neuer Ansätze nicht den erhofften Erfolg hatte, will die vorliegende Arbeit erhellen.

Dabei ist es sinnvoll, den Untersuchungszeitraum aufzuteilen und die Jahre 1961 bis 1963 und 1963 bis 1966 separat zu behandeln. Obwohl Schröder sowohl während der letzten beiden Kabinette Adenauers (1961 bis 1963) als auch in der Regierungszeit Erhard (1963 bis 1966) das Auswärtige Amt leitete, bietet sich eine derartige Unterteilung an, um eventuelle Veränderungen in der Außenpolitik zu verdeutlichen, die der Kanzlerwechsel mit sich brachte. Außerdem kann auf diese Weise die in der Forschung weitverbreitete These überprüft werden, erst die Kanzlerschaft Erhards habe Schröder den Raum für eine eigenständige Politik ge-

⁶ BRANDT, *Begegnungen*, S. 124.

⁷ BLASIUS (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard*.

⁸ Vgl. KÖHLER, *Angenehm einschüchternd*.

lassen. Um den Umfang der Arbeit in einem angemessenen Rahmen zu halten, ist eine Konzentration auf die für den Untersuchungszeitraum wichtigsten außenpolitischen Fragen unerlässlich. Für jede der beiden genannten Perioden werden die fünf bedeutendsten außenpolitischen Aktionsebenen der Bundesrepublik separat untersucht. Es handelt sich dabei um die Beziehungen zu den USA und den übrigen westlichen Verbündeten (unter spezieller Berücksichtigung Frankreichs und Großbritanniens), die Sicherheitspolitik, die Europa-Politik sowie die Ost- und Deutschlandpolitik. Die Analyse dieser Themenkomplexe soll ein umfassendes Bild von Schröders außenpolitischem Denken und Handeln ergeben. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses liegt dabei die Beantwortung folgender Fragestellungen: Bekanntlich waren zu Beginn der Amtszeit Schröders die Beziehungen zu den drei Westmächten von Auseinandersetzungen über den Kurs der Berlin-Politik des Westens geprägt: Während die USA und Großbritannien für Verhandlungen mit der UdSSR plädierten, sprach sich Adenauer für einen harten Kurs aus. Wie aber war die Position des Außenministers? Ebenso soll dargelegt werden, wie Schröder auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Frankreich reagierte, die Adenauer als Reaktion auf die Berlin-Krise betrieb. Lagen für ihn die außenpolitischen Prioritäten Bonns in Washington oder in Paris? Die Sicherheitspolitik wurde in den sechziger Jahren vor allem von der Diskussion um die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO bestimmt. Das MLF-Projekt sollte die Sicherheitslücke schließen, die für die Westeuropäer durch das atomare Patt zwischen den Supermächten entstand. Warum trat Schröder so vehement für die Realisierung der MLF ein und lehnte andere Möglichkeiten einer nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik, wie zum Beispiel eine Beteiligung an der französischen *Force de frappe*, kategorisch ab? Außerdem soll der Frage nachgegangen werden, welche Haltung der Außenminister bezüglich des Problems der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um die Staaten der EFTA-Zone einnahm und wie er das Vorhaben bewertete, eine Politische Union der sechs EWG-Mitgliedstaaten in die Wege zu leiten. Was die Ostpolitik anbelangt, gilt es, neben der Darstellung der Beziehungen zur UdSSR vor allem die von Schröder eingeleitete Politik der Errichtung von Handelsvertretungen in den kommunistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu untersuchen. Welche Intentionen verfolgte er mit dieser Neuorientierung der Osteuropa-Politik? Hinsichtlich der Deutschland-Politik ist zunächst zu überprüfen, ob und wenn ja, welche Modifikationen Schröder vornahm. Besondere Aufmerksamkeit verdienen seine Bemühungen, das Problem der Teilung Deutschlands in die amerikanisch-sowjetischen Spannungsbemühungen einzubringen. Abschließend wird die Außenpolitik Schröders einer systematischen Analyse unterzogen. Die Ziele seiner auswärtigen Politik, ihre Umsetzung in die Praxis und die erreichten Ergebnisse sollen dort noch einmal resümiert, in den Gesamtzusammenhang eingeordnet und kritisch bewertet werden.

2. Quellenlage

Gerhard Schröder hat einen umfangreichen Nachlaß hinterlassen, der sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin bei Bonn befindet. Der Zugang zu diesem Schrifttum wurde von seinen Angehörigen gesperrt und steht somit im Regelfall der Wissenschaft nicht zur Verfügung¹. Die beiden von Schröder zu Lebzeiten veröffentlichten Bücher sind für die vorliegende Arbeit von geringem Wert. Die 1963 erschienene Publikation *Wir brauchen eine heile Welt* enthält eine Sammlung von bereits an anderer Stelle veröffentlichten Reden und Aufsätzen². Das 1988 publizierte Buch *Mission ohne Auftrag* handelt von seinem Besuch in der Volksrepublik China im Jahr 1972, mit dem Schröder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking vorbereitete³. Größere Aufmerksamkeit verdient hingegen die sechsteilige Artikelserie *Gerhard Schröder erinnert sich*, die 1988 im *Rheinischen Merkur* erschien⁴. Dort berichtet Schröder von seinem politischen Lebensweg unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Im gleichen Jahr folgten zwei weitere Artikel, in denen er seine Erinnerungen an Charles de Gaulle und John F. Kennedy festhielt. Beide Skizzen erschienen ebenfalls im *Rheinischen Merkur*⁵. Das Vorhaben, in einem größeren Umfang seine Memoiren zu präsentieren⁶, konnte er nicht verwirklichen.

Die vorliegende Arbeit muß sich deswegen weitgehend auf andere Quellen stützen. Für die Jahre 1963 bis 1966 enthält die Edition *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland* (AAPD) die bedeutendsten Materialien. In den vier Jahresbänden für diesen Zeitraum, die jeweils in zwei bzw. drei Teilbänden untergliedert sind, finden sich in chronologischer Ordnung nahezu alle für die Außenpolitik der Bundesrepublik relevanten Dokumente. Die dort publizierten Drahtberichte der Auslandsvertretungen, Gesprächsprotokolle, Weisungen und internen Aufzeichnungen stammen zum größten Teil aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts. Der Verfasser sah dort auch die für den Untersuchungszeitraum relevanten offenen Aktenbestände des Archivs ein. Die für die AAPD deklassifizierten VS-Dokumente (Bestand B 150) wurden ebenfalls berücksichtigt. Das Fehlen von offengelegten VS-Akten des Auswärtigen Amts für die Jahre 1961 und 1962 kann zum Teil durch die Aktenedition des amerikanischen Außenministeriums ausgeglichen werden. Die *Foreign Relations of the Uni-*

¹ Vgl. dazu BUCHSTAB, Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 152f. Bislang erhielten nur die Bearbeiter der AAPD sowie Torsten Oppeland von der Universität Jena für die Arbeit an einer Biographie Schröders die Genehmigung, Einsicht in den Nachlaß zu nehmen.

² SCHRÖDER, *Wir brauchen eine heile Welt*.

³ SCHRÖDER, *Mission ohne Auftrag*.

⁴ SCHRÖDER, Goldenes Firmenschild wollte Erhard nicht sein; ders., Der Wahlsieg rettete den Kanzler nicht; ders., „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“; ders., Eine Schlacht um Otto John; ders., „Je weiter östlich, desto besser“; ders., Mit dem „Alten“ gebaut und gelitten.

⁵ SCHRÖDER, Mein Bild von de Gaulle; ders., Ein Stück Geschichte, das uns bleiben wird.

⁶ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 154.

ted States (FRUS) liegen für den Zeitraum der Präsidentschaft Kennedys (1961 bis 1963) inzwischen vollständig vor. Im Gegensatz zu den AAPD nahmen die Herausgeber eine thematische Ordnung der Dokumente vor. Vor allem die Bände XIV und XV der Reihe 1961–1963, die die Berlin-Krise behandeln, sind von großem historischen Erkenntniswert, da sie Aufzeichnungen von Gesprächen Schröders und Adenauers mit amerikanischen Politikern enthalten. Außerdem bieten sie einen umfassenden Überblick über die Deutschland- und Berlin-Politik Kennedys.

Unverzichtbar für diese Studie waren die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Wichtige Einblicke in die innerhalb der Union vorhandenen Auffassungen zu außenpolitischen Problemen gaben die Sitzungsprotokolle des CDU-Bundesvorstands, dem auch Schröder angehörte, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Fraktionsvorstands. Ferner wurden in St. Augustin auch Nachlässe von christlich-demokratischen Politikern eingesehen, die mit Schröder zusammengearbeitet haben, wobei vor allem der Nachlaß Heinrich Krones hervorzuheben ist. Außerdem verfügt das ACDP über eine umfangreiche Pressesammlung, die nicht nur Zeitungsartikel über und von Gerhard Schröder enthält, sondern auch zahlreiche Manuskripte von Reden und Interviews. Eingesehen wurde auch der Nachlaß Konrad Adenauers, der von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) in Rhöndorf/Bad Honnef aufbewahrt wird. Da das Verhältnis Adenauers in der Spätphase seiner Kanzlerschaft zu Schröder getrübt war, war der Schriftverkehr zwischen den beiden Politikern eher spärlich. Es existiert aber ein Briefwechsel aus den Jahren 1962/63. Im Nachlaß Ludwig Erhards, aufbewahrt in der *Ludwig-Erhard-Stiftung*, fand sich dagegen kein für diese Arbeit relevantes Material.

Die wohl wichtigste Quellensammlung für die Jahre 1961 bis 1966 sind die vom früheren Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (DzD). In dieser Reihe finden sich in chronologischer Reihenfolge alle deutschlandpolitisch relevanten Artikel, Interviews und Reden von Politikern aus beiden Teilen Deutschlands und des Auslands sowie Kommuniqués von Regierungsbesprechungen und Treffen regionaler und internationaler Organisationen. Unverzichtbar waren ferner die *Stenographischen Berichte des Deutschen Bundestags* (BT Stenographische Berichte), das *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* (Bulletin) und *Keesings Archiv der Gegenwart* (AdG). Überregionale Tageszeitungen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt*, *Süddeutsche Zeitung* und *Neue Zürcher Zeitung*) wurden ebenso herangezogen wie Wochenzeitungen (*Rheinischer Merkur*, *Die Zeit*) und Periodika (*Der Spiegel*, *Europa-Archiv*). Vor allem *Die Welt* und die *Neue Zürcher Zeitung* sind besonders für das Jahr 1962 eine wichtige Quelle, da ihre Bonner Korrespondenten, Georg Schröder bzw. Fred Luchsinger, über einen besonderen Draht zum Kanzler verfügten und oft Informationen aus erster Hand erhielten.

Zahlreiche Zeitzeugen, darunter enge Mitarbeiter von Schröder, Adenauer und Erhard, haben ihre Erinnerungen publiziert. Trotz der subjektiven Perspektive sind Memoiren eine unverzichtbare Quelle für die Zeitgeschichte, da sie oft Aufschluß über die Motive der außenpolitischen Akteure und ihr Verhältnis zueinan-

der geben. An erster Stelle sind hier die Aufzeichnungen des damaligen Leiters des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, zu nennen⁷. Auch Karl Carstens und Rolf Lahr, beide unter Schröder Staatssekretäre, sowie Hermann Kusterer, Chefdolmetscher des Auswärtigen Amts, haben beachtenswerte Erinnerungen verfaßt⁸. Obwohl nur ein Fragment, ist der Quellenwert des vierten Bandes der Memoiren Konrad Adenauers nicht zu unterschätzen, vor allem hinsichtlich der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im Jahr 1962⁹. Die von Hans-Peter Mensing editierten *Teegespräche* des Kanzlers – informelle Hintergrundgespräche Adenauers mit ausgewählten Journalisten in seinem Rhöndorfer Wohnhaus – bieten zudem einen Einblick in die Hintergründe seiner Politik. Viele Diplomaten des Auswärtigen Amts haben ebenfalls ihre Erlebnisse zu Papier gebracht. Für den Untersuchungszeitraum hervorzuheben sind die Erinnerungen Herbert Blankenhorns, von 1958 bis 1963 Botschafter der Bundesrepublik in Paris, und Hans Krolls, von 1958 bis 1962 Leiter der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik in Moskau, sowie seines Dolmetschers, Nikolaus Ehlert¹⁰. Einen besonderen Stellenwert haben die Memoiren Wilhelm G. Grewe¹¹, der in den Jahren von 1961 bis 1966 als Botschafter in Washington bzw. bei der NATO in Paris die Außenpolitik der Bundesrepublik mitgeprägt hat. Ebenso liegen Erinnerungen der Sekretärin Adenauers, Anneliese Poppinga, und des Mitarbeiters im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Günter Diehl, vor¹².

Sowohl Parteifreunde als auch Gegner haben sich zu Schröders Politik geäußert. Es sei hier auf die Erinnerungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, des FDP-Vorsitzenden Erich Mende und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, verwiesen¹³. Rainer Barzel, ab 1964 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU), der einflußreiche CSU-Bundestagsabgeordnete Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg und der CDU-Parlamentarier Kurt Birrenbach, Spezialist seiner Fraktion für auswärtige Politik, haben wichtige Memoiren veröffentlicht¹⁴. Ausländische Politiker und Diplomaten haben ebenfalls zur Außenpolitik Bonns während Schröders Amtszeit Stellung genommen. Zu nennen sind die Aufzeichnungen von Maurice Couve de Murville, französischer Außenminister von 1958 bis 1968, François Seydoux, 1958 bis 1962 sowie erneut von 1965 bis 1970 Botschafter Frankreichs in Bonn, und George McGhee, der von 1963 bis 1968 die di-

⁷ OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“; ders., Außenpolitik.

⁸ CARSTENS, Erinnerungen; LAHR, Zeuge; KUSTERER, Der Kanzler und der General.

⁹ ADENAUER, Erinnerungen IV.

¹⁰ BLANKENHORN, Verständnis; KROLL, Lebenserinnerungen; EHLERT, Große Grusinische Nr. 17.

¹¹ GREWE, Rückblenden.

¹² POPPINGA, „Das Wichtigste ist der Mut“; DIEHL, Zwischen Politik und Presse.

¹³ STRAUSS, Erinnerungen; MENDE, Die neue Freiheit; ders., Von Wende zu Wende; BRANDT, Begegnungen.

¹⁴ BARZEL, Im Streit und umstritten; ders., Auf dem Drahtseil; GERSTENMAIER, Streit; GUTTENBERG, Fußnoten; BIRRENBACH, Meine Sondermissionen.

plomatische Vertretung der USA in der Bundesrepublik leitete¹⁵. Um die Gegensätze zwischen der deutschen und der französischen Politik in den sechziger Jahren zu verstehen, müssen ferner die Nachkriegsmemoiren Charles de Gaulles, obwohl sie nur bis ins Jahr 1962 reichen, Berücksichtigung finden¹⁶.

Wichtige Informationen erbrachten Gespräche mit Zeitzeugen. Die Unterredungen mit Horst Osterheld, Günter Diehl, Hermann Kusterer sowie mit Franz Krapf, der von 1961 bis 1966 der Ostabteilung bzw. nach der Umstrukturierung des Auswärtigen Amtes der Politischen Abteilung II vorstand, Klaus Simon – unter Schröder Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt, Karl-Günther von Hase – von 1962 bis 1968 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung – und mit seinem Mitarbeiter, Hans Stercken, waren eine große Hilfe zur weiteren Erhellung der Hintergründe und Motive von Schröders außenpolitischem Handeln sowie seines persönlichen Verhältnisses zu den anderen außenpolitisch maßgeblichen Politikern der Bundesrepublik¹⁷.

¹⁵ COUVE DE MURVILLE, Außenpolitik; SEYDOUX, Beiderseits des Rheins; ders., Meine zweite Mission; MCGHEE, Botschafter.

¹⁶ DE GAULLE, Mémoires d'espoir.

¹⁷ Informationen aus diesen Gesprächen werden in den Anmerkungen mit dem Stichwort „Zeitzeugengespräch“ kenntlich gemacht. Nähere Angaben zu den Gesprächen finden sich im Quellen- und Literaturverzeichnis.

3. Forschungsstand

Abgesehen von einer nichtwissenschaftlichen Lebensbeschreibung, die nach dem Tod Gerhard Schröders sein jüngerer Bruder Adelbert als Privatdruck herausgab¹ und deren Wert vor allem in der Beschreibung des familiären Umfelds und der Jugend Schröders liegt, existiert keine Monographie über das politische Wirken dieses einflußreichen Politikers. Lediglich zwei kürzere biographische Skizzen sind bislang erschienen: Wegen ihres geringen Umfangs wird sowohl in dem 1982 erschienenen Aufsatz von Rolf Wenzel² als auch in dem 1999 publizierten Porträt von Torsten Oppelland³ auf Schröders Zeit im Auswärtigen Amt nur mit wenigen Zeilen eingegangen. Es fällt allerdings auf, daß auch in der umfangreichen zeit-historischen Literatur über die Ära Adenauer und die Regierungszeit Erhards seine Tätigkeit als Außenminister zumeist keine angemessene Berücksichtigung findet: In einem längeren Überblick über die Außenpolitik der Bundesrepublik, die in der von Wolfgang Benz herausgegebenen dreibändigen *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* erschien, ignoriert Hermann Graml das Wirken Schröders vollständig⁴. In Wolfram Hanrieders umfangreichem Standardwerk *Deutschland, Europa, Amerika* taucht Schröder sowohl in der 1989 erschienen ersten Auflage als auch in der völlig überarbeiteten Neuauflage von 1995 nur am Rande auf, die von ihm verantwortete Außenpolitik wird dafür aber um so kritischer beurteilt⁵. Christian Hacke erwähnt ihn in seiner Darstellung der Geschichte der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik („Weltmacht wider Willen“) erst in seinem Kapitel über die auswärtige Politik der Regierung Erhard, obwohl Schröder das Amt des Außenministers bereits in den beiden letzten Kabinetten Adenauers bekleidet hatte⁶.

Sofern Zeithistoriker oder Politikwissenschaftler auf sein außenpolitisches Wirken etwas näher eingehen, konzentrieren sie sich zumeist auf die von ihm initiierte Ostpolitik sowie sein Verhältnis zu Frankreich. Im allgemeinen gilt Schröder als ein Hauptvertreter der sogenannten *Atlantiker* in der Bundesrepublik⁷ – einer Gruppe von Politikern, die sich anders als die *Gaullisten* gegen eine Anlehnung an Frankreich wandten und für die Festigung der Bindungen an die USA eintraten. F. Roy Willis bezeichnet ihn sogar als „Sprecher“ der *Atlantiker* „seit 1961“⁸. Für den Politikwissenschaftler Paul Noack war er de Gaulles „bedeutend-

¹ Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder.

² WENZEL, Gerhard Schröder.

³ OPPELLAND, Gerhard Schröder.

⁴ Vgl. GRAML, Die Außenpolitik.

⁵ Vgl. HANRIEDER, Deutschland.

⁶ Vgl. HACKE, Weltmacht, S. 109–137.

⁷ Vgl. z. B. CLEMENS, *Reluctant Realists*, S. 43; GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 403; GRABBE, *Unionsparteien*, S. 340; GRIFFITH, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik*, S. 159; HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition*, S. 56 und S. 102; HAFTENDORN, *Sicherheit*, S. 198; SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, S. 72.

⁸ WILLIS, *Deutschland, Frankreich und Europa*, S. 175.

ster Gegenspieler“ in der Bundesrepublik⁹. In diesem Zusammenhang wird gerne, so unter anderem von Anselm Doering-Manteuffel¹⁰, darauf verwiesen, daß Schröder wegen seiner Ablehnung einer engen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Frankreich in einen gravierenden politischen Gegensatz zu Adenauer geriet. Inwieweit diese Thesen zutreffen, wird noch zu prüfen sein. Es ist aber zu bemängeln, daß es den bisherigen Erklärungsversuchen von Schröders Politik gegenüber den drei Westmächten – Frankreich, Großbritannien und den USA – an Tiefe fehlt. Die meisten Charakterisierungen sind zu oberflächlich: Ihnen zufolge sei Schröder „unheilbar frankophob“¹¹ gewesen und habe danach gestrebt, „den Vorstellungen und Wünschen der Amerikaner entgegenzukommen“¹². Auch Untersuchungen neueren Datums gehen nicht über Pauschalisierungen hinaus: Schröder wird vorgeworfen, er habe die Politik de Gaulles zu mißtrauisch beurteilt und sich gegenüber den USA zu vertrauensselig verhalten¹³.

Eine Ausnahme stellt das Urteil von Hans-Peter Schwarz dar. Der Bonner Politikwissenschaftler vertritt die Auffassung, der Außenminister habe einen Mittelweg zwischen der gaullistischen und der atlantischen Position gesucht und sich um einen „Ausgleich zwischen den widerstrebenden Kräften“ bemüht. Er verzichtet jedoch darauf, diese These durch Quellen zu belegen¹⁴. Einige Forscher sehen in Schröders ausgeprägtem Nationalbewußtsein das hauptsächliche Motiv für seine Politik. Ernst Kuper hat in seiner 1974 veröffentlichten Dissertation, in der er die Einstellung Gerhard Schröders und Willy Brandts zur Entspannungspolitik verglich, die Dominanz des Begriffs der *Nation* in Schröders politischem Denken verdeutlicht¹⁵. In dem 1970 erschienen Buch *Adenauer zwischen West und Ost* kommt Bruno Bandulet zu dem Schluß: „Die Nation und ihre Einheit waren die wichtigsten Bezugspunkte seiner Konzeption.“¹⁶ Waldemar Besson, der im selben Jahr die erste wissenschaftliche Darstellung der Außenpolitik der Bundesrepublik vorlegte, sieht eine „wesensverwandte Grundhaltung“ zwischen dem französischen Staatspräsidenten und Schröder, „weil dieser systematisch die aufgewertete Rolle des Nationalstaats für die Bundesrepublik zu rezipieren suchte“. Besson ist der Ansicht: „Gerhard Schröder hat die Motive de Gaulles besser begriffen als die sogenannten deutschen Gaullisten.“¹⁷ Angeblich soll diese nationale Prägung in der Europa-Politik besonders deutlich hervorgetreten sein. Bruno Bandulet behauptet, Schröder habe eine weitergehende Integration Europas abgelehnt¹⁸. Die These, der Außenminister habe sich aus Angst um Einschränkungen der politischen Handlungsfreiheit der Bundesrepublik gegen eine

⁹ NOACK, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 118.

¹⁰ Vgl. DOERING-MANTEUFFEL, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, S. 114.

¹¹ MÜLLER-ROSCHACH, Die deutsche Europapolitik, S. 153.

¹² BUCHHEIM, Deutschlandpolitik, S. 114.

¹³ So z. B. MARCOWITZ, Option, S. 220 und S. 297.

¹⁴ SCHWARZ, Adenauer II, S. 826.

¹⁵ Vgl. KUPER, Frieden, S. 304–315 und S. 342–350.

¹⁶ BANDULET, Adenauer zwischen West und Ost, S. 189.

¹⁷ BESSON, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 323.

¹⁸ Vgl. BANDULET, Adenauer zwischen West und Ost, S. 191 f.

zu enge Verflechtung der europäischen Staaten und eine Ausweitung der Kompetenzen supranationaler Institutionen gesperrt, stößt größtenteils auf Zustimmung¹⁹.

Weitverbreitet ist auch die Auffassung, Schröder sei im Bereich der Außenpolitik eine eigenständigere Persönlichkeit gewesen als sein Vorgänger, Heinrich von Brentano. Ihm sei es durch entschlossenes Auftreten gegenüber Adenauer gelungen, dem Auswärtigen Amt größeren Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik zu verschaffen²⁰. Doch wie Daniel Kosthorst eindrucksvoll nachgewiesen hat, war Brentano entgegen der gängigen Meinung kein bloßer Erfüllungsgehilfe Adenauers²¹. War Schröder tatsächlich eine eigenständigere Persönlichkeit als sein Vorgänger? Weitgehende Einigkeit besteht in der Forschung, daß er durch den Kanzlerwechsel im Herbst 1963 Raum für selbständigeres Handeln gewann. Da Erhard seinem Außenminister größtenteils freie Hand ließ, habe das Auswärtige Amt nun die Federführung bei der Gestaltung der Außenpolitik übernommen²². Nach Einschätzung von Reiner Marcowitz hat Schröder zwischen 1964 und 1966 die auswärtige Politik der Bundesrepublik „maßgeblich geprägt“²³. Für Hans-Peter Schwarz ist er sogar „der maßgebende außenpolitische Kopf“ in der gesamten „Übergangsperiode“ von 1961 bis 1966²⁴.

Als Beweis für die größere Unabhängigkeit des Auswärtigen Amts wird zu meist auf die von Schröder initiierte Ostpolitik verwiesen, deren Eckpunkte die Errichtung von Handelsvertretungen in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas sowie die sogenannte *Friedensnote* vom 25. März 1966 bildeten. Nach Werner Links Einschätzung war diese Politik „ein erster Schritt zur Anpassung der deutschen Politik an die globale Entspannungstendenz“²⁵. Schröder gilt allgemein als derjenige CDU-Politiker, der als erster die Notwendigkeit erkannte, das amerikanische Bestreben nach einer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen zu unterstützen²⁶. Es herrscht jedoch Uneinigkeit, zu welchem Zeitpunkt der Beginn der Neuausrichtung der Ostpolitik der Bundesrepublik anzusetzen ist. Der britische Historiker Timothy Garton Ash datiert den Umschwung bereits auf das Jahresende 1961, also auf den Zeitpunkt von Schröders Amtsantritt²⁷. Für Christian Hacke ist ein Kurswechsel Bonns erst nach dem Rücktritt Adenauers erkennbar, da dieser für die osteuropäischen Staaten „kein Gespür“ aufbrachte²⁸. A. James

¹⁹ Vgl. dazu GROEBEN, Aufbaujahre, S. 347; HACKE, Weltmacht, S. 127; MARCOWITZ, Option, S. 182; MÜLLER-ROSCHACH, Die deutsche Europapolitik, S. 147.

²⁰ Vgl. dazu HAFTENDORN, Sicherheit, S. 51; PFETSCH, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 61; SCHWARZ, Epochenwechsel, S. 310.

²¹ Vgl. KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit.

²² Vgl. dazu HACKE, Weltmacht, S. 135 f.; HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 105.

²³ MARCOWITZ, Option, S. 220.

²⁴ SCHWARZ, Epochenwechsel, S. 306.

²⁵ LINK, Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, S. 578.

²⁶ So z. B. CLEMENS, Reluctant Realists, S. 44; CONZE, Die gaullistische Herausforderung, S. 273; MARCOWITZ, Option, S. 162 f.

²⁷ Vgl. GARTON ASH, Im Namen Europas, S. 83.

²⁸ HACKE, Weltmacht, S. 122.

McAdams ist ebenfalls der Ansicht, Schröder habe erst danach eine flexiblere Ausrichtung der Ostpolitik durchsetzen können²⁹. Wolfram Hanrieder wiederum weist darauf hin, daß die Intensivierung der Osteuropa-Politik noch während der Amtszeit Adenauers eingeleitet wurde³⁰. Nach der Auffassung Bessons begann mit Schröder „ein neues Kapitel in der außenpolitischen Ausformung der Eigenstaatlichkeit der Bundesrepublik“, da er „erste und vorsichtige Neuheiten in der westdeutschen Außenpolitik sichtbar machte, die über die Ära Adenauer hinauswiesen“³¹. Er kritisiert jedoch, Schröder habe „den Kampf um die Anpassung der außenpolitischen Zielvorstellungen der Bundesrepublik an die veränderte weltpolitische Lage nie wirklich konsequent geführt“³²; spricht ihm aber andererseits „das wesentliche Verdienst zu, daß die Dogmen eines exklusiven Westkurses, die bisher für unumstößlich galten, in Frage gestellt wurden und so Raum für die Staatsräson der Bundesrepublik entstand“³³. Zumindest habe er „die neuen Horizonte“ aufgezeigt³⁴. Seine Ostpolitik bilde somit „das Mittelstück im Übergang von der Ära Adenauer zur Großen Koalition“³⁵. Dieser Interpretation schlossen sich unter anderem Christian Hacke und Gregor Schöllgen an³⁶.

Der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser sieht hingegen eine größere Kontinuität zwischen Schröder und der Politik Brandts als zu seinem Vorgänger Brentano³⁷. Schröder habe außenpolitisch die „Öffnung zum Osten“ vorgenommen und damit die Ostpolitik der nachfolgenden Bundesregierungen eingeleitet³⁸. Wilfried Loth sowie Laszlo Görgey interpretieren die Errichtung von Handelsvertretungen ebenfalls als einen ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten³⁹. Klaus Hildebrand erkennt in dieser Entscheidung sogar den „Auftakt zum Ende der *Hallstein-Doktrin*“⁴⁰. Allerdings weist Hans Buchheim zu Recht darauf hin, daß die Handelsmissionen nicht im Widerspruch zu dieser deutschlandpolitischen Richtschnur standen. Schröder, so hebt Buchheim hervor, hielt „an den alten Grundsätzen der Deutschlandpolitik fest“⁴¹.

Umstritten ist in der Forschung die Frage, warum es während der Amtszeit Schröders noch nicht zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Osteuropas kam. William Griffith, dessen Studie über

²⁹ Vgl. MCADAMS, *The New Diplomacy of the West German Ostpolitik*, S. 541.

³⁰ Vgl. HANRIEDER, *Deutschland*, S. 183.

³¹ Vgl. BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, S. 289.

³² Ebenda, S. 340.

³³ Ebenda, S. 336.

³⁴ Ebenda, S. 341.

³⁵ Ebenda, S. 336.

³⁶ Vgl. HACKE, *Weltmacht*, S. 129; SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, S. 64.

³⁷ Vgl. GROSSER, *Das Bündnis*, S. 145.

³⁸ GROSSER, *Das Deutschland im Westen*, S. 280. Vgl. dazu ferner BOROWSKY, *Deutschland*, S. 10.

³⁹ Vgl. LOTH, *Die Bundesrepublik Deutschland und Osteuropa*, S. 37–52; GÖRGEY, *Bonn's Eastern Policy*, S. 88.

⁴⁰ HILDEBRAND, *Integration*, S. 57.

⁴¹ BUCHHEIM, *Deutschlandpolitik*, S. 114.

die Ostpolitik der Bundesrepublik die amerikanische Deutschland-Forschung maßgeblich geprägt hat, macht Erhards Unentschlossenheit dafür verantwortlich. Der Kanzler habe eine Entwicklung in diese Richtung verlangsamt⁴². Auch Peter Bender sieht in den Handelsmissionen in erster Linie „Schröders Werk“. Im Gegensatz zu Griffith deutet er diese Politik als einen Kompromiß zwischen dem Wunsch der sowjetischen Satellitenstaaten nach diplomatischen Beziehungen und dem Willen der Mehrheit in den Reihen von CDU und CSU, die *Hallstein-Doktrin* unverändert aufrechtzuerhalten. Die „praktische Vernunft“ habe sich deshalb nicht durchsetzen können. Bender wirft der Regierung Erhard vor, ihre Ostpolitik „ohne die Sowjetunion und gegen die DDR“ betrieben zu haben⁴³. Link spricht aus diesem Grund von einem „Kurs der doppelten Umgehung“, den Bonn gegenüber dem Osten verfolgte⁴⁴. Griffith argumentiert auf der Linie Benders und kritisiert zudem explizit die Weigerung Bonns, die Oder-Neiße-Linie endgültig anzuerkennen⁴⁵. Wegen des Festhaltens am Grenzvorbehalt deutet Christoph Kleßmann Schröders Ostpolitik als eine Politik der „selektive[n] Entspannung“⁴⁶. Auch Hans Herzfeld sieht in ihr nur „Vorspiele einer Entspannungspolitik“, die aber immerhin zu einer „Auflockerung der Fronten“ im Verhältnis zu Moskau und Ost-Berlin geführt hätten⁴⁷.

Da die damalige Politik Bonns gegenüber den Ostblock-Staaten die DDR außen vor ließ, wurde angenommen, Schröder habe beabsichtigt, den zweiten deutschen Staat im Kreis seiner Verbündeten zu isolieren⁴⁸. Die Entkrampfung des Verhältnisses gegenüber dem Osten, so Helmut Kistler, sollte als „Hebel“ gegenüber Ost-Berlin wirken⁴⁹. Nach der Einschätzung Klaus Körners verfolgte der Außenminister das Ziel, den Status quo durch eine langfristig angelegte Politik zu überwinden: Schröder wollte allmählich „von der Peripherie zum Zentrum“ vordringen, also auf dem Umweg über Osteuropa die Lösung der deutschen Frage vorbereiten⁵⁰. Im Grunde, so sieht es auch Christoph Kleßmann, sei somit die DDR der „eigentliche Adressat“ der neuen Osteuropa-Politik der Bundesregierung gewesen⁵¹. Paul Noack zufolge war sie „eine neue Form von Wiedervereinigungspolitik“⁵², die jedoch unter einer falschen Prämisse stand, da sie „die Randstaatenpolitik der Weimarer Jahre an die Stelle einer auf die Sowjetunion zentrierten Außenpolitik setzte“⁵³. Auch Clemens und Griffith beurteilen die da-

⁴² Vgl. GRIFFITH, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 170.

⁴³ BENDER, Die „Neue Ostpolitik“, S. 109. Ebenso äußert sich GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik, S. 400.

⁴⁴ LINK, Die Deutschland-Politik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition, S. 1688.

⁴⁵ Vgl. GRIFFITH, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 179.

⁴⁶ KLESMANN, Zwei Staaten, S. 96.

⁴⁷ HERZFELD, Berlin in der Weltpolitik, S. 587.

⁴⁸ Vgl. z. B. BUCHHEIM, Deutschlandpolitik, S. 114; MCADAMS, The New Diplomacy of the West German *Ostpolitik*, S. 542.

⁴⁹ KISTLER, Bundesdeutsche Geschichte, S. 189.

⁵⁰ KÖRNER, Wiedervereinigungspolitik, S. 607.

⁵¹ KLESMANN, Zwei Staaten, S. 97.

⁵² NOACK, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 98.

⁵³ Ebenda, S. 96.

malige Ostpolitik der Bundesregierung kritisch: Beide werfen Schröder vor, in seinem Konzept die Bewegungsfreiheit der Osteuropäer überschätzt zu haben⁵⁴. Wolfgang Höpken sieht in Schröders Vorhaben schlicht einen „Fehler“⁵⁵. Als „einen unglücklichen Schritt zurück“ bewertet Christian Hacke die Konzeption des Außenministers⁵⁶. Seiner Ansicht nach lag die Schwäche des Plans in der Annahme, auf diese Weise das Regime in Ost-Berlin destabilisieren zu können. In Anbetracht der enormen Bedeutung der DDR für die Sowjetunion sei Schröders Strategie unrealistisch gewesen. Hacke kommt zu dem Schluß: „Schröders Ostpolitik war kein Mittel konstruktiver Deutschlandpolitik.“⁵⁷ Sie sei kein Beitrag zur westlichen Entspannungspolitik gewesen, sondern die „Fortsetzung einer modifizierten Politik der Stärke“⁵⁸. Hanrieder beklagt ebenfalls die „Unfähigkeit der Bundesrepublik, der DDR gegenüber eine positive Politik zu formulieren“⁵⁹. Auch die sogenannte *Friedensnote* der Bundesregierung vom 25. März 1966, die ein Angebot zum Austausch bilateraler Gewaltverzichtserklärungen enthielt, zählt er zu den „halbherzigen Initiativen“ Bonns gegenüber den Ostblock-Staaten. Die Bundesrepublik hätte seiner Ansicht nach die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Lage in Mitteleuropa völkerrechtlich anerkennen sollen. Schröders Ostpolitik, so Hanrieder, sei darüber hinaus „unzulänglich“ gewesen, weil ihr durch das während der Regierungszeit Erhards erheblich gestörte Verhältnis zu Frankreich der notwendige Rückhalt fehlte und sich Bonn gegenüber allen Vorschlägen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle abweisend verhielt⁶⁰. Anders sieht es Gregor Schöllgen. Für ihn war Schröders Ostpolitik „erfolgreich, weil sie in das Konzept der Westmächte paßte. Sie harmonisierte nicht nur mit deren entspannungspolitischen Bemühungen, sondern sie war darüber hinaus geeignet, Erosionstendenzen im Ostblock und damit einer wirksamen Isolierung der DDR Vorschub zu leisten.“⁶¹

Der Plan, die DDR im Ostblock zu isolieren, wird häufig mit dem Begriff *Politik der Bewegung* in Verbindung gebracht, mit dem Schröder seine Außenpolitik charakterisiert hatte⁶². Christoph Kleßmann und Bernd Stöver sprechen sogar von einer „Ostpolitik der Bewegung“⁶³. Werner Link, der für die Enquête-Kommission *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* des Bundestags die Deutschland-Politik der Regierungen Erhard und Kiesinger untersucht hat, zitiert in seinem Gutachten Äußerungen Schröders, die in den AAPD erstmals veröffentlicht wurden. Sie belegen eindeutig, daß die bisherige Identifikation der *Politik der Bewegung* mit der Ostpolitik des Außenministers

⁵⁴ Vgl. GRIFFITH, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 179; CLEMENS, Reluctant Realists, S. 46.

⁵⁵ HÖPKEN, Unproblematisches Verhältnis ohne förmliche Beziehungen, S. 103.

⁵⁶ HACKE, Weltmacht, S. 123.

⁵⁷ Ebenda, S. 126.

⁵⁸ HACKE, Die CDU und die deutsche Frage, S. 93.

⁵⁹ HANRIEDER, Fragmente, S. 52.

⁶⁰ HANRIEDER, Deutschland, S. 184–188 (186).

⁶¹ SCHÖLLGEN, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 80.

⁶² Vgl. dazu CLEMENS, Reluctant Realists, S. 45 f.; HACKE, Weltmacht, S. 126.

⁶³ KLEßMANN/STÖVER, Die Deutschlandpolitik, S. 1625.

zu kurz greift. Link versäumt es aber, diese Schlußfolgerung zu ziehen⁶⁴. In den Studien von Helga Haftendorn und Volkhard Laitenberger wird Schröder dagegen als Initiator der sogenannten *Politik der kleinen Schritte* gegenüber der DDR bezeichnet⁶⁵. Innerhalb der Bundesregierung wurde dieser pragmatische Ansatz, der eine schrittweisen Entkrampfung des innerdeutschen Verhältnisses für wichtiger hielt als die Befolgung deutschlandpolitischer Dogmen nach Punkt und Komma, aber nicht vom Chef des Auswärtigen Amts vertreten, sondern vom FDP-Vorsitzenden und Minister für gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Erhard, Erich Mende.

Die wohl schärfste Kritik an der Außenpolitik in der Amtszeit Schröders stammt von Wolfram Hanrieder. Ihm zufolge lief die Bundesrepublik Gefahr, sich wegen ihrer „starrten Ostpolitik“ und „statischen Westpolitik“ international zu isolieren⁶⁶. Ebenfalls eine negative Bilanz zieht Manfred Regin. Die auswärtige Politik Bonns durchlief nach seiner Einschätzung in den sechziger Jahren eine Phase der „Stagnation“, da sie sich nicht von den deutschlandpolitischen Grundsätzen des vorangegangenen Jahrzehnts lösen konnte⁶⁷. Die Bundesrepublik habe deshalb auf der internationalen Bühne den „Eindruck der Unbeweglichkeit“ hinterlassen⁶⁸. Manfred Görtemaker spricht sogar von einem „grundsätzlichen Scheitern“ in der Deutschland- und Ostpolitik⁶⁹. Die Regierung Erhard sei schließlich „am Ende zwischen alle Stühle geraten: Den USA ging die Entspannungsbereitschaft nicht weit genug, den Kritikern im eigenen Lande schon zu weit; Moskau und Ost-Berlin sahen in der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten unter Ausschluß Ostdeutschlands nur einen Ansatz zur Isolierung der DDR; und das Sonderverhältnis zu Frankreich, das allein als Hebel zu größerer Mitsprache und Mitverantwortung innerhalb des eigenen Bündnisses und gegenüber dem Osten hätte dienen können, wurde geopfert, ohne dafür einen Preis auch nur zu verlangen.“⁷⁰

Ein ausgewogeneres Urteil gibt Besson ab. Seiner Einschätzung zufolge beabsichtigte Schröder eine „kontinuierliche Weiterentwicklung von Adenauers Westkurs unter den weltpolitischen Bedingungen der sechziger Jahre“⁷¹. Er lobt zwar dessen „Wille zum Wandel“⁷², vermißt jedoch bei Schröder eine „außenpolitische Terminologie“, die die Perspektive dieser Neuausrichtung aufgezeigt und der Öffentlichkeit plausibel gemacht hätte⁷³. Bessons Fazit ist deshalb zwiespältig: „Man wußte nie recht, ob er [Schröder] mehr als eine kluge Nachlaßverwaltung erstrebte. Er schien die Kontinuität durch den Wandel sichern zu wollen, aber es blieb im letzten unklar, wie prinzipiell seine Neuansätze eigentlich gemeint wa-

⁶⁴ Vgl. LINK, Deutschland-Politik, S. 1687 f.

⁶⁵ Vgl. HAFTENDORN, Sicherheit, S. 53; LAITENBERGER, Erhard, S. 168.

⁶⁶ HANRIEDER, Deutschland, S. 186.

⁶⁷ REGIN, Tendenzen der Außenpolitik, S. 57.

⁶⁸ Ebenda, S. 59.

⁶⁹ GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 427.

⁷⁰ Ebenda, S. 462.

⁷¹ BESSON, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 316.

⁷² Ebenda, S. 340.

⁷³ Ebenda, S. 320.

ren.“⁷⁴ Diese grundsätzliche Bereitschaft zum Wandel spricht Bandulet dem Außenminister jedoch ab: „Über die Flexibilität und Voraussetzungslosigkeit Adenauers verfügte Schröder nicht. Seine Reaktion auf die Veränderungen in der internationalen Politik war ausgesprochen konservativer Natur.“⁷⁵ Hacke wiederum beklagt in seinem Resümee, daß Schröder die notwendige Reform der Deutschland-Politik nicht durchführte und sich nicht zu einem anderen Verhalten gegenüber der DDR durchringen konnte⁷⁶. Trotz seiner, oben referierten, massiven Kritik an der damaligen Ostpolitik sieht er in ihr dennoch die „herausragende außenpolitische Leistung der Regierung Erhard/Schröder“⁷⁷. Für Noack beruht Schröders Bedeutung hingegen weniger auf dem, „was er in seiner Amtszeit zu Ende führen konnte, als vielmehr in dem, was er an auflockerendem Pragmatismus in die deutsche Außenpolitik einführte“. Diese sei „degeneriert“ gewesen, weil sie sich darauf beschränkt habe, Positionen zu wahren. Dank Schröder habe die auswärtige Politik der Bundesrepublik jedoch „von ihrem legalistischen Denken zu den realen Machtverhältnissen“ zurückgefunden⁷⁸.

Die Urteile über Schröders Wirken als Außenminister sind also vielfältig und überaus widersprüchlich. Es fehlt eine schlüssige Analyse und Bewertung seiner Außenpolitik. Den unbefriedigenden Stand der Forschung in diesem Punkt haben Dennis Bark und David Gress bereits 1989 treffend beschrieben: „Historians have never quite known how to analyze Gerhard Schröder’s foreign policy, which in its apparent ambiguity – forward-looking or sterile – resembled Erhard’s chancellorship itself. [...] It was in the area of Ostpolitik that the Janus-faced nature of Schröder’s foreign policy is most apparent in hindsight. Did he really want to break new ground in relations with Eastern Europe, the Soviet Union, and perhaps the communist regime in the GDR, or was he merely trying to continue the policy of the Hallstein Doctrine and the claim to sole representation in more flexible ways in a changing world?“⁷⁹

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ BANDULET, Adenauer zwischen West und Ost, S. 192.

⁷⁶ Vgl. HACKE, Weltmacht, S. 125.

⁷⁷ Ebenda, S. 120.

⁷⁸ NOACK, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 96.

⁷⁹ Vgl. BARK/GRESS, A History of West Germany, Bd. 2, S. 14.

I. Der Werdegang Gerhard Schröders bis zu seinem Amtsantritt als Außenminister

Am 31. Dezember 1989 verstarb Gerhard Schröder in seinem Ferienhaus *Atterdag* in Kampen auf Sylt. Seine politische Karriere endete neun Jahre zuvor, als er sich entschloß, in seinem Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann nicht mehr für die Bundestagswahl 1980 zu kandidieren, weil ihm die CDU einen vorderen Platz auf der Landesliste zur Absicherung seiner Kandidatur verweigerte¹. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er weitgehend abgeschieden im Kreis seiner Familie in Bonn. Aus der Tagespolitik hatte er sich beinahe vollständig zurückgezogen. Nur in der Presse waren hin und wieder noch Kommentare und Artikel von ihm zu lesen. Größere Beachtung fand eine sechsteilige Serie von persönlichen Erinnerungen an Adenauer, Erhard, Kennedy und de Gaulle, die 1988 im *Rheinischen Merkur* erschien². Im selben Jahr hatte er noch einen großen Fernsehauftritt, als er dem ZDF für die Reihe *Zeugen des Jahrhunderts* Rede und Antwort stand³. Nach seinem Tod erinnerte die Bundesrepublik Deutschland in einem Staatsakt am 12. Januar 1990 im Bundestag an seine Verdienste. Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth bezeichneten in ihren Ansprachen den früheren Innen-, Außen- und Verteidigungsminister als eine der prägenden politischen Figuren der Bundesrepublik⁴. Über alle Parteigrenzen hinweg werden Schröders Leistungen anerkannt: So gehört er für Hans-Dietrich Genscher vor allem wegen seiner außenpolitischen Leistungen „zu den großen Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegspolitik“⁵. Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt würdigte Schröder noch zu dessen Lebzeiten⁶. Doch trotz seiner Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik nahm die Öffentlichkeit vom Tod eines Mannes, der das politische Leben für Jahrzehnte entscheidend mitbestimmt hatte, kaum Notiz. „Für die jüngere Generation ist Gerhard Schröder kaum noch

¹ Vgl. dazu Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 147, sowie den Artikel von Herbert Riehl-Heysse: „Staatsmännisch – auch mit zusammengebissenen Zähnen“, in: *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG* vom 11. 9. 1980, S. 3.

² SCHRÖDER, *Goldenes Firmenschild wollte Erhard nicht sein*; ders., *Der Wahltriumph rettete den Kanzler nicht*; ders., *„Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“*; ders., *Eine Schlacht um Otto John*; ders., *„Je weiter östlich, desto besser“*; ders., *Mit dem „Alten“ gebaut und gelitten*; ders., *Mein Bild von de Gaulle*; ders., *Ein Stück Geschichte, das uns bleiben wird*.

³ Das Interview wurde auch in gedruckter Form veröffentlicht: SCHRÖDER, *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*.

⁴ Vgl. *BULLETIN* 1990, S. 41–44.

⁵ GENSCHER, *Erinnerungen*, S. 107.

⁶ SCHMIDT, *Schablonen*, S. 11 f. Dieser Aufsatz erschien in einer Festschrift, die 1980 anlässlich von Schröders 70. Geburtstag herausgegeben wurde: *KUNST* (Hrsg.), *Dem Staate verpflichtet*. Darin würdigen u. a. auch Hans-Dietrich Genscher (S. 85–90) und der damalige Bundespräsident Karl Carstens (S. 7–9) Schröders politisches Lebenswerk.

ein Begriff“, beklagte Klaus Dreher in der *Süddeutschen Zeitung*⁷. In der Presse erschienen nur einige knapp gehaltene Nachrufe⁸. Mit dem Echo auf den Tod von Franz Josef Strauß, Schröders langjährigen politischen Rivalen, war die öffentliche Reaktion auf sein Ableben nicht vergleichbar.

Das geringe Interesse an seiner Person ist schwerlich nachzuvollziehen. Immerhin war Schröder 16 Jahre lang Bundesminister und galt in den sechziger Jahren als einer der ersten Anwärter auf die Kanzlerschaft, die ihm jedoch verwehrt blieb. 1963 verzichtete er in Kenntnis der Stimmungslage in seiner Partei auf eine Kandidatur gegen Ludwig Erhard⁹. Drei Jahre später trat er gegen Barzel, Kiesinger und Hallstein um die Nachfolge Erhards an und verlor in einer Stichwahl der CDU/CSU-Fraktion gegen den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger¹⁰. 1969 bewarb er sich um das Amt des Bundespräsidenten, unterlag aber in der Bundesversammlung Gustav Heinemann. Es fehlten ihm sechs Stimmen¹¹. In den siebziger Jahren gelang es ihm nicht mehr, sich in der ersten Reihe der politischen Bühne zu halten. Sein Versuch 1971, die Kanzlerkandidatur zu erreichen, scheiterte ebenso wie seine Bewerbung zwei Jahre später um den Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag¹². Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags von 1969 bis 1980 wirkte er aber weiterhin an der Gestaltung der Außenpolitik der Bundesrepublik mit. Aufsehen erregte seine Reise in die Volksrepublik China im Juli 1972. Sein Gespräch mit Ministerpräsident Chou En-lai bereite den Boden für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking¹³. Es mag erstaunen, daß er im Rückblick in dieser *Mission ohne Auftrag* seinen wichtigsten Beitrag zur auswärtigen Politik Bonns sah¹⁴. Einen heftigen Streit in der Union löste er aus, als er unmittelbar nach einem Besuch in Israel im Dezember 1974 spontan in Damaskus als erster Politiker aus der Bundesrepublik mit dem Chef der PLO, Jasir Arafat, zusammentraf¹⁵.

Der mangelnde Erfolg bei allen seinen Versuchen ab Mitte der sechziger Jahre, ein von ihm angestrebtes Amt zu erreichen, gibt Schröders Lebenslauf beinahe eine tragische Note¹⁶. Sicherlich war sein Charakter ein Hemmschuh. Weder in

⁷ Vgl. den Artikel von Klaus Dreher: „Politiker mit analytischem Verstand“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. 1. 1990, S. 5.

⁸ Vgl. z. B. die Artikel „Einer der profiliertesten Politiker. Zum Tod von Bundesminister a. D. Gerhard Schröder“, in: DAS PARLAMENT vom 5. 1. 1990, S. 5; „Der Wortführer der Atlantiker eröffnete neue Wege in der Außenpolitik“, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. 1. 1990, S. 4; sowie die Artikel von Herbert Kremp: „Am Jahreswechsel starb Gerhard Schröder“, in: DIE WELT vom 3. 1. 1990, S. 4, und von Klaus Dreher: „Politiker mit analytischem Verstand“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. 1. 1990, S. 5.

⁹ Vgl. dazu Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 134.

¹⁰ Offiziell waren für die Nachfolge von der CDU/CSU-Fraktion Barzel, Gerstenmaier, Kiesinger und Schröder nominiert. Gerstenmaier verzichtete jedoch. Vgl. dazu ADG 1966, S. 12801.

¹¹ Vgl. KLEINMANN, *Geschichte der CDU*, S. 306.

¹² Vgl. ebenda, S. 324 und S. 351; CARSTENS, *Erinnerungen*, S. 423 f.

¹³ Vgl. dazu die Erinnerungen Schröders und seiner Frau Brigitte über diese Reise: SCHRÖDER, *Mission ohne Auftrag*.

¹⁴ Vgl. TIESENHAUSEN, *Die Sache mit China*, S. 30.

¹⁵ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 144 f.

¹⁶ Vgl. OSTERHELD, *Außenpolitik*, S. 246.

seiner Partei noch in der Bevölkerung genoß er große Popularität. Schröder war zwar angesehen, aber kein beliebter, weil volkstümlicher Politiker. Er selbst glaubte, seine Bescheidenheit und seine zurückhaltende Art hätten einen erfolgreicheren Verlauf seiner politischen Karriere verhindert. „Daß ich nicht genug Reklame habe machen können für mich“, sei sein größter Fehler gewesen, meinte er 1980 gegenüber Herbert Riehl-Heyse anlässlich seines Rückzugs vom aktiven politischen Leben¹⁷.

Es ist jedoch unbestritten, daß Schröder über die notwendigen Fähigkeiten eines herausragenden Politikers verfügte. Hans-Peter Schwarz sieht in ihm ein „politisches Naturtalent“¹⁸. Er galt als fleißig, tüchtig, klug, intelligent, diszipliniert und geschickt, dachte in erster Linie pragmatisch und besaß das wichtige Gespür für das politisch Machbare¹⁹. Dies war nicht nur die übereinstimmende Einschätzung von Journalisten und Zeithistorikern, sondern auch die seiner Mitarbeiter und ausländischen Kollegen. Für den späteren Bundespräsidenten Karl Carstens, der Schröder im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium als Staatssekretär diente, war dessen Stärke „sein analytisch geschulter und unbestechlicher Verstand“²⁰. Carstens rühmt vor allem die vorbildhafte Personalpolitik seines früheren Vorgesetzten. Sie sei nie parteipolitisch gefärbt und stets vorurteilsfrei gewesen²¹. Menschen, die näheren Kontakt mit ihm hatten, beschreiben ihn als freundlich, zuverlässig und angenehm im Umgang²². Zudem war Schröder auch eine Kämpfernatur: Durch Rückschläge ließ er sich nicht unterkriegen²³. Er war durchaus für das Amt des Bundeskanzlers befähigt. Sein Ehrgeiz und der Drang nach Macht, der ihm nachgesagt wurde²⁴, standen einer derartigen Entwicklung seiner Karriere nicht entgegen, denn dies waren Eigenschaften, die für einen Spitzenpolitiker unabdingbar sind. Horst Osterheld, der als Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt zwischen 1961 und 1969 sehr eng mit Schröder zusammenarbeitete, kritisierte an ihm jedoch, er habe Entscheidungen manchmal zu rasch und zu wenig unvoreingenommen getroffen. Auch habe es ihm an Selbstkritik gemangelt²⁵.

Schröders größtes Manko war sicherlich, daß er über kein gewinnendes Wesen verfügte. Es fehlte ihm der Sinn für Liebenswürdigkeit. Gegenüber den meisten Menschen verhielt er sich zurückhaltend und distanziert²⁶. Selbst bei Personen, die häufig Umgang mit ihm hatten, erweckte er den Eindruck, daß er keine Ge-

¹⁷ Vgl. den Artikel von Herbert Riehl-Heyse: „Staatsmännisch – auch mit zusammengebissenen Zähnen“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. 9. 1980, S. 3.

¹⁸ SCHWARZ, Adenauer II, S. 357.

¹⁹ Vgl. dazu die Charakterisierungen in HENKELS, 111 Bonner Köpfe, S. 291; SCHWARZKOPF/WRANGEL, Chancen, S. 146 f.; WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 27–31.

²⁰ CARSTENS, Erinnerungen, S. 234. Dies bekräftigen BLANKENHORN, Verständnis, S. 290 und S. 458; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 245 f.

²¹ Vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 234. Ebenso äußert sich Schröders langjähriger Persönlicher Referent, Klaus Simon (ZEITZEUGENBEFRAGUNG Simon).

²² Vgl. MCGHEE, Botschafter, S. 46; ZEITZEUGENBEFRAGUNG Simon.

²³ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 245; WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 30.

²⁴ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 245 f. und S. 309; LAHR, Zeuge, S. 348.

²⁵ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 245 f.

²⁶ Vgl. WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 29.

fühle kenne²⁷. Schröders unterkühltes Auftreten, sein ausgeprägtes Selbstbewusstsein und seine Vorliebe für elegante Kleidung trugen ihm den Ruf der Arroganz, Überheblichkeit, Eitelkeit und Hochmütigkeit ein²⁸. Auf seine Mitmenschen machte er den Eindruck, als halte er sich für intellektuell überlegen. Es heißt, Schröder habe nur dann Emotionen gezeigt, wenn er auf Widerspruch stieß oder mit den Handlungen von Mitarbeitern unzufrieden war. In einem solchen Fall konnte er auch mit einem Wutausbruch reagieren²⁹, obwohl er ansonsten über sehr große Selbstbeherrschung verfügte³⁰. Rolf Lahr, neben Carstens zweiter Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bezeichnete den Umgang mit ihm als „schwierig“³¹. Kein Wunder also, daß Schröder Probleme hatte, Menschen für sich zu gewinnen. Auch in der Bevölkerung konnte er auf Grund seiner Persönlichkeit kaum Gefühle für sich wecken³². Sein kühles Wesen führte dazu, daß ihm nur wenig Sympathien entgegengebracht wurden. Die Ablehnung, die Schröder hervorrief, reichte soweit, daß ihm sein Verhalten oft negativ ausgelegt wurde. Seine pragmatische Art wurde als Opportunismus interpretiert und es wurde ihm nachgesagt, er sei berechnend³³. Sein Machthunger, hieß es, sei größer als seine Überzeugungen. So sahen manche in seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU nicht so sehr ein Engagement aus christlicher Überzeugung, sondern den Versuch, sich in der Union eine Hausmacht zu schaffen³⁴. Schröder wurde als „vollendeter Eisberg“³⁵ und „menschlicher Kältestrahler“ beschrieben, der den „Charme eines Elektronehirns“ habe³⁶. Er sei „glatt und kalt und zu ‚preußisch‘“³⁷.

Diese Charakterisierungen werden zumindest dem Privatmenschen Gerhard Schröder nicht gerecht. Außerhalb der Politik konnte er eine ganz andere Seite seines Wesens zeigen: Hier war er „redselig“ und „gesellig“³⁸, „offen und sogar herzlich“³⁹. Auch Liebenswürdige, die in der Öffentlichkeit kaum zum Vorschein trat, zeigte er privat⁴⁰. Seine vielfältigen Interessen sind kaum bekannt: Schröder hatte ein Faible für moderne Kunst und war auf diesem Gebiet ein eifriger Sammler. Er liebte klassische Musik, vor allem Richard Wagner. Als begeisterter Fotograf war er über Jahrzehnte Vorsitzender der *Deutschen Gesellschaft für Fotografie*. Seine Leidenschaft galt auch theologischen Problemen. Hier schätzte

²⁷ Vgl. POPPINGA, „Das Wichtigste ist der Mut“, S. 338.

²⁸ Vgl. KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 9. 10. 1954, S. 146; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 245 f. Zu Schröders Vorliebe für teure Kleidung seit seiner Studentenzeit, vgl. auch Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 67 f.

²⁹ Vgl. SAHM, Diplomaten, S. 182.

³⁰ Vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 350.

³¹ LAHR, Zeuge, S. 348.

³² Vgl. SCHWARZKOPF/WRANGEL, Chancen, S. 147.

³³ Vgl. WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 27–29.

³⁴ Vgl. SAHM, Diplomaten, S. 182; PFETSCH, Außenpolitik, S. 85.

³⁵ HENKELS, 111 Bonner Köpfe, S. 290.

³⁶ WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 29.

³⁷ KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 26. 4. 1959, S. 352.

³⁸ WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 31.

³⁹ SCHWARZKOPF/WRANGEL, Chancen, S. 150.

⁴⁰ Vgl. DIEHL, Zwischen Politik und Presse, S. 26; LAHR, Zeuge, S. 362 f.

er besonders den Schweizer Theologen Karl Barth. Mit der Philosophie Immanuel Kants beschäftigte er sich sein Leben lang⁴¹. Doch über seine persönlichen Gedanken und Gefühle hat Schröder so gut wie nichts nach außen dringen lassen. Nach eigenem Bekenntnis verabscheute er es, über sich selbst zu sprechen⁴². So offenbarte er auch in seinem Interview für die ZDF-Sendung *Zeugen des Jahrhunderts*, ein Jahr vor seinem Tod, wenig Privates⁴³. Sicherlich haben Schröders Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus diesen Charakterzug gefördert. Zwölf Jahre lang war er gezwungen, seine Abneigung gegen das NS-Regime zu verbergen. Welchen Einschnitt die „Machtübernahme“ Hitlers 1933 für den damals 23-jährigen und seine Lebensplanung darstellte, ist aus heutiger Sicht nur schwer nachzuempfinden:

Schröder entstammte einer kleinbürgerlichen, evangelischen Familie aus Friesland. Sein Vater, Jan Schröder, ein fleißiger und ehrgeiziger Mann, hatte den beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg „vom Schiffsjungen zum Reichsbahnrat“ geschafft⁴⁴. Als Bahnbeamter wurde er häufig versetzt, wodurch Gerhard Schröder nicht in der friesischen Heimat seiner Eltern, Jan und Anita, zur Welt kam, sondern im Saargebiet. Am 11. September 1910 wurde er in Saarbrücken, wo sein Vater seit 1909 als Eisenbahn-Assistent tätig war, geboren. In seine Kindheit fiel der Erste Weltkrieg. Im September 1915 wurde der Vater zur Armee eingezogen, so daß die Mutter den jungen Gerhard und die 1913 geborene Schwester Marie-Renate – sein Bruder Adelbert wurde erst 1921 geboren – bis zum Ende des Krieges allein erziehen mußte. Noch als Kind erfuhr Schröder somit, welche Auswirkungen die Politik auf das Schicksal des einzelnen Menschen haben kann. Auch die Nachkriegszeit trug dazu bei, diese Erkenntnis zu vertiefen. Laut den Bestimmungen des Versailler Vertrages wurden das Saargebiet und das Rheinland von französischen Truppen besetzt. Die Schröders gerieten in Konflikt mit der Besatzungsmacht. Im Sommer 1921, als Gerhard die erste Klasse des Gymnasiums in Saarbrücken besuchte, wurde die Familie aus dem Saargebiet ausgewiesen. Zunächst fanden die Schröders Zuflucht in Trier. Doch bereits eineinhalb Jahre später wurden sie erneut vertrieben, da ihre Wohnung in der Klosterstraße in einem Stadtviertel lag, das zur Unterbringung französischer Soldatenfamilien requiriert worden war. Bei einer fremden Familie wurden sie zur Notunterkunft einquartiert. Im Mai 1923 verhafteten die französischen Behörden den Vater, weil er an der Organisation des passiven Widerstandes gegen die französische Ruhrbesetzung beteiligt war und wiesen ihn zusammen mit seiner Familie auch aus dem Rheinland aus. Erst im November 1924 konnten die Schröders in ihre alte

⁴¹ Vgl. dazu Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 50; SCHRÖDER, *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*, S. 19f.; ZEITZEUGENBEFRAGUNG Simon.

⁴² Vgl. den Artikel von Herbert Riehl-Heyses: „Staatsmännisch – auch mit zusammengebissenen Zähnen“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. 9. 1980, S. 3. Deshalb zögerte Schröder auch, seine Memoiren zu schreiben: „Das liegt mir eigentlich gar nicht“ (ebenda).

⁴³ Vgl. SCHRÖDER, *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*.

⁴⁴ Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 55.

Wohnung nach Trier zurückkehren; bis zu diesem Zeitpunkt lebten sie im rechtsrheinischen Hessen: zunächst in Friedberg, anschließend in Gießen⁴⁵.

Bereits als 15-jähriger betätigte sich Gerhard Schröder zum ersten Mal politisch. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 klebte er Wahlplakate für die DNVP, die die Kandidatur Hindenburgs unterstützte⁴⁶. Prägend für die politischen Ansichten des Jugendlichen war jedoch sein Vater. Dieser war trotz seiner nationalen Gesinnung ein Anhänger der überwiegend republiktragenden Deutschen Volkspartei Gustav Stresemanns. Obwohl er und seine Familie persönlich schwer unter der französischen Besatzung gelitten hatten, unterstützte er dennoch aus Gründen der politischen Vernunft die Verständigungspolitik Stresemanns mit Frankreich⁴⁷. Er sah die Notwendigkeit einer solchen Politik ein, die für die Zukunft ein friedliches Zusammenleben der rheinischen Nachbarn garantieren sollte. Diese Einsicht ging jedoch verständlicherweise nicht soweit, daß aus den Schröders nach den Erlebnissen der letzten Jahre plötzlich glühende Verehrer der französischen Politik wurden. Als Gerhard Schröder 35 Jahre später Außenminister geworden war, fühlte sich mancher politischer Beobachter bemüßigt, dessen Abneigung gegen die Politik de Gaulles mit den schlechten Erfahrungen zu erklären, die Schröder als Jugendlicher mit der französischen Besatzungspolitik gemacht hatte⁴⁸. Gut in dieses Bild paßte dabei die Tatsache, daß de Gaulle in den zwanziger Jahren Bataillonskommandant in Trier war und unmittelbar neben dem humanistischen Gymnasium wohnte, das Schröder damals besuchte, so daß sich beide zuweilen auf dem Schulweg begegneten⁴⁹.

Der berufliche Aufstieg des Vaters ermöglichte es Schröder, nach seinem Abitur im Frühjahr 1929 am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Trier ein Studium zu beginnen. Schon seit längerem war seine Wahl auf die Rechtswissenschaften gefallen. Als Bewunderer Kants – und weil die Stadt weit von Trier entfernt war – schrieb er sich für das Sommersemester 1919 an der Universität Königsberg ein⁵⁰. Danach folgte ein Auslandssemester in Edinburgh. Da es ihm in Schottland ausgesprochen gut gefiel, sahen manche Kritiker Schröders in diesem halbjährigen Aufenthalt den Ursprung der ihm nachgesagten Sympathie für alles Angloamerikanische⁵¹.

⁴⁵ Zu Schröders Kindheit vgl. ebenda, S. 2-5; SCHRÖDER, Wir brauchen eine heile Welt, S. 15; ders., Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 17f.

⁴⁶ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 23.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 22. Adelbert Schröder betont dort den großen Einfluß, den der Vater auf das politische Denken seines Bruders hatte.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 22; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 244.

⁴⁹ Dies berichtet der damalige Schulfreund Schröders und spätere Professor für Anatomie an der Universität Basel, Gerhard Wolf-Heidegger. Vgl. WOLF-HEIDEGGER, Schulkameradschaft, S. 210. Ein Brief Schröders an seine Familie vom 30. 6. 1930, dem Tag der Räumung des Rheinlandes durch die Alliierten, zeigt, daß er zu dieser Zeit tatsächlich ein sehr negatives Bild von Frankreich hatte. Dort schrieb er unter anderem: „Es muß ein großer Augenblick gewesen sein, als die Trikolore – wie wir hoffen möchten für immer – niedergeholt wurde. Unser Boden ist wieder sauber geworden“ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 37.

⁵⁰ Vgl. SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 19f.

⁵¹ So z. B. WAGNER, Der neue Mann im Außenamt, S. 27; KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 642f.; SEYDOUX, Beiderseits des Rheins, S. 274.

Sicherlich könnte man seinen Lebensstil als britisch beeinflusst bezeichnen⁵², doch sollte man nicht vergessen, daß er aus einer friesischen Familie stammte und beide Kulturen durchaus ähnliche Züge aufweisen. Außerdem ist es wohl äußerst gewagt, aus einem Studienaufenthalt von sechs Monaten Dauer unmittelbare Konsequenzen für Schröders außenpolitische Handlungen mehr als 30 Jahre später abzuleiten. Das Sommersemester 1930 verbrachte der angehende Jurist dann in Berlin, bevor er an die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität nach Bonn wechselte. Dort engagierte sich Schröder in der lokalen Hochschulgruppe der DVP. Er wurde bald ihr Vorsitzender und vertrat sie im Allgemeinen Studentenausschuß. 1932 trat er in Wahlaufrufen, Zeitungsartikeln, Vorträgen und Diskussionen für die Wiederwahl Hindenburgs ein⁵³. Noch im selben Jahr meldete er sich zum Examen an, um das Studium noch vor der von ihm und seinem Vater erwarteten Machtübernahme Hitlers zu beenden⁵⁴. Nach sechssemestrigem Studium legte er im Oktober 1932 das erste juristische Staatsexamen mit *magna cum laude* ab. Anschließend trat er eine erste Referendariatsstellung in Saarburg an.

Zur Jahreswende 1932/33 stand Schröder somit vor dem Einstieg in das Berufsleben. Eigentlich war es seine Absicht, die wissenschaftliche mit einer politischen Laufbahn nach dem Vorbild des Jura-Professors und Reichstagsabgeordneten der DVP, Wilhelm Kahl, zu verbinden⁵⁵. Die geplante Karriere als Politiker mußte er jedoch nach der Machtergreifung Hitlers wegen seiner Mitgliedschaft in der DVP aufgeben. Schröder wollte sich aber zumindest die wissenschaftliche Laufbahn offenhalten und paßte sich daher an die veränderten politischen Gegebenheiten an. Im Frühjahr 1933 wurde ihm eine Assistentenstelle an der juristischen Fakultät in Bonn angeboten, wozu aber die Mitgliedschaft in der NSDAP vorausgesetzt wurde. Er unterschrieb eine Beitrittserklärung⁵⁶. Einige Monate später stellte er einen Aufnahmeantrag in die SA, da, wie sein Bruder berichtet, nach einem Erlaß des zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten Referendare der SA oder SS angehören mußten, um in den Justizdienst übernommen zu werden⁵⁷. Er wurde jedoch schon bald „wegen Interesselosigkeit“ von der Liste der Anwärter gestrichen⁵⁸. Obwohl er sich persönlich nichts zuschulden hatte kommen lassen, kritisierte in den fünfziger Jahren die Opposition immer wieder sein damaliges Verhalten. Im Juli 1958 nahmen die Angriffe auf ihn derart zu, daß Schröder im Bundestag eine persönliche Erklärung abgab, in der er die Behauptung strikt zurückwies, er sei ein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen: „Ich bin weder vor dem ‚Dritten Reich‘ noch im ‚Dritten Reich‘ auch nur eine Minute lang Nationalsozia-

⁵² Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 642 f.

⁵³ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 30–49.

⁵⁴ Vgl. SCHRÖDER, Jurist, S. 33.

⁵⁵ Vgl. ebenda.

⁵⁶ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 53. Vgl. ferner das Interview mit Gerhard Schröder: „Nazis – A High German Talks“, in: NEWSWEEK vom 1. 2. 1960, S. 30.

⁵⁷ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 58.

⁵⁸ Vgl. BULLETIN 1961, S. 1970. Vgl. ferner „Nazis – A High German Talks“, in: NEWSWEEK vom 1. 2. 1960, S. 30.

list gewesen. Ich wiederhole: nicht eine Minute lang.⁵⁹ Aufgrund intensiver Propaganda aus der DDR kursierte aber weiterhin das Gerücht, er sei ein überzeugter Nationalsozialist gewesen. Als er im Zuge der Regierungsbildung 1961 für das Amt des Außenministers im Gespräch war, sah sich die Bundesregierung schließlich zu einem öffentlichen Dementi gezwungen⁶⁰. Auch seine Doktorarbeit geriet in den Verdacht, sie enthalte nationalsozialistische Inhalte, weil keine deutsche Bibliothek sie in ihrem Bestand führte⁶¹. Dieser Vorwurf entbehrte jedoch jeder Grundlage: Ende Juli 1933 hatte Schröder sein Dokorexamen mit *magna cum laude* abgelegt. Seine Promotionsarbeit, die „Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen“ zum Thema hatte, war nicht von nationalsozialistischem Gedankengut beeinflusst. Da am 20. Januar 1934 das *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* erlassen und damit die Tarifvertragsordnung aufgehoben wurde, hatte die Dissertation ihre Bedeutung verloren. Schröder suchte deshalb um eine Befreiung vom Druckzwang nach, der im Mai 1934 entsprochen wurde. Da durch ein Versäumnis des Dekanats seiner Promotionsakte die Dissertation nicht beigelegt wurde und Schröders eigene Abschrift bei der Ausbombung seiner Anwaltskanzlei im Herbst 1943 in Berlin verbrannte, ist kein Exemplar erhalten⁶².

Im Herbst 1934 zog Schröder nach Berlin, um am Kaiser-Wilhelm-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht eine Stelle als Assistent anzutreten. Dort legte er im August 1936 das zweite juristische Staatsexamen wiederum mit *magna cum laude* ab. Angesichts der politischen Lage in Deutschland gab Schröder nun auch den Plan einer wissenschaftlichen Karriere auf. Wie er später erzählte, sah er nur in der Tätigkeit als Anwalt eine Perspektive, „um unter diesen Bedingungen als Jurist ökonomisch und moralisch zu überleben“⁶³. Als Assessor trat er in die Anwaltssozietät des Berliner Kammergerichtsanwalts und Notars Dr. Walter Schmidt ein, obwohl mehrere Mitglieder der Kanzlei aus rassistischen Gründen verfolgt wurden⁶⁴. Doch mit Schmidt und seiner Praxis war Schröder vertraut, da er bereits als Referendar dort gearbeitet hatte. Mit den Verhältnissen im nationalsozialistischen Deutschland hatte er sich arrangiert. Politisch äußerte er sich nicht mehr, sondern zog sich in die innere Emigration zurück⁶⁵. Schröder blieb jedoch ein engagierter Christ. An der Universität Bonn hatte er regelmäßig die Vorlesungen und Predigten von Karl Barth besucht, dessen theologische Darstellungs- und Überzeugungskraft ihn stark beeinflussten⁶⁶. In Berlin führte ihn sein Weg regelmäßig nach Dahlem, wo Martin Niemöller bis zu seiner Verhaftung

⁵⁹ BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 41, S. 2335.

⁶⁰ Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 1970.

⁶¹ Vgl. dazu den Artikel „Quittung vorhanden“, in: DER SPIEGEL vom 24. 2. 1969, S. 36. Vgl. auch HUYN, Die Sackgasse, S. 127 f.

⁶² Vgl. KNÜTEL, Begrüßungsansprache, S. 8.

⁶³ SCHRÖDER, Jurist, S. 33.

⁶⁴ Die betroffenen Kanzleiangehörigen wurden teils auf Grund ihrer Abstammung, teils auf Grund „nicht-arischer“ Eheschließungen verfolgt. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 1970, sowie den Artikel „Quittung vorhanden“, in: DER SPIEGEL vom 24. 2. 1969, S. 36.

⁶⁵ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 58.

⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 50.

im Jahre 1937 predigte. Schröder sympathisierte mit der *Bekennenden Kirche*⁶⁷. Über Carl Dietrich von Trotha, einen Freund aus der Referendarzeit und Cousin von Graf Moltke, hatte er Kontakt zum *Kreisauer Kreis*. Er wurde aber nicht selbst im Widerstand aktiv⁶⁸.

Trotz schlechter Beurteilung durch den NS-Rechtswahrerbund, dem seine Tätigkeit in der Kanzlei Dr. Schmidt, in der inzwischen auch die Tochter Martin Niemöllers beschäftigt wurde⁶⁹, mißfiel, erhielt er am 1. August 1939 die Zulassung als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht am Landgericht Berlin. Exakt einen Monat später assoziierte er sich mit der Kanzlei Dr. Schmidt. Zwar erhielt Schröder am 28. August den Einberufungsbescheid in die Wehrmacht, doch konnte er bis zur Zerstörung der Praxis im Herbst 1943 durch einen Bombenangriff seine Anwaltstätigkeit im Rahmen von, zunächst längeren, dann mit dem Kriegsverlauf spärlicher werdenden Arbeitsurlauben fortsetzen⁷⁰. Am 30. Mai 1941 heiratete er Brigitte Landsberg (*1917), die Schwester eines Freundes aus Bonner Studientagen. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor: Christina (*1941), Jan (*1943) und Antina (*1945). Seine Frau war die Tochter eines Bankiers jüdischer Abstammung. Da sie somit nach NS-Diktion keine ‚Vollarierin‘ war, mußte die Eheschließung genehmigt werden. Das Oberkommando des Heeres erteilte die Erlaubnis unter der Bedingung, daß Schröder auf militärische Beförderungen verzichtete. Bis Kriegsende wurden daher Beförderungsvorschläge von Vorgesetzten mit dem Hinweis auf Schröders „politische Unzuverlässigkeit“ abgelehnt. So befand er sich auch noch 1945 im Rang eines Obergefreiten. Seine seit 1933 andauernde Bemühung um Anpassung an die Parteilinie war mit der Heirat beendet. Sie bedeutete den offenen Bruch mit dem Regime. Noch im gleichen Jahr trat er aus der NSDAP aus⁷¹. 1942 wurde er an der Ostfront bei Cholm verwundet und als nicht mehr fronttauglich in den Heimatdienst versetzt. Nach der Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft begab er sich im Juni 1945 nach Hamburg, wo seine Eltern sich 1938 im Stadtteil Othmarschen niedergelassen hatten. Schröders Frau hatte gegen Kriegsende bei ihnen mit den Kindern Zuflucht gesucht.

Angesichts der Zerstörung seiner Berliner Rechtsanwaltspraxis stand Schröder bei Kriegsende vor dem beruflichen Nichts. Doch er resignierte nicht. Jetzt sah er die Chance, seinen 1933 begrabenen Traum, politisch tätig zu werden, zu verwirklichen. Wie sein Bruder berichtet, hatte er dieses Vorhaben nie aufgegeben und wollte nun, in der *Stunde Null* am Neuaufbau der Demokratie in Deutschland mitwirken⁷². Zunächst beabsichtigte Schröder, sich in Hamburg eine neue Existenz aufzubauen. Er plante, entweder wieder als Anwalt zu arbeiten oder in die Stadtverwaltung einzutreten. Dann erfuhr er durch einen Studienfreund, Paul Hübinger, der im Stab des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, Hans

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 64–77.

⁶⁸ Vgl. SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 25.

⁶⁹ Vgl. dazu OPPELLAND, Gerhard Schröder, S. 75 f.

⁷⁰ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 81–89.

⁷¹ Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 1970; SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 21 f.

⁷² Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 92 f.

Fuchs, beschäftigt war, daß in der Verwaltung dieser Provinz Juristen gesucht würden. Da er sich mit Fuchs, der schon von 1922 bis 1933 Oberpräsident war, auf Anhieb verstand – als „Liebe auf den ersten Blick“ beschrieb der sonst so kühle Schröder sein Verhältnis zu dem früheren Reichsminister für die besetzten Gebiete – wurde er als Regierungsrat eingestellt und arbeitete als dessen Persönlicher Referent⁷³. Damit begann „die erstaunlichste Karriere Nachkriegsdeutschlands“⁷⁴.

Über Schröders Leben von 1945 bis zu seinem Eintritt in den Bundestag 1949 ist sehr wenig bekannt. Das Wissen über diese vier Jahre beschränkt sich auf wenige Fakten, nämlich, daß er bis 1947 in der Verwaltung der Nordrhein-Provinz tätig war und anschließend als Anwalt für die Treuhandverwaltung der Montanindustrie des Ruhrgebietes arbeitete. Er selbst hat über diesen Lebensabschnitt nie viel berichtet und auch die von seinem Bruder verfaßte Biographie enthält nur spärliche Informationen⁷⁵. Schon 1952 rätselte *Die Zeit* darüber, warum er 1947 seine Verwaltungslaufbahn plötzlich abbrach und in die Privatwirtschaft wechselte⁷⁶. Nähere Auskunft dazu gibt eine undatierte und unsignierte, maschinenschriftliche Aufzeichnung mit dem Titel „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, die sich im Nachlaß des ehemaligen Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, befindet. Der Schlußsatz des Dossiers läßt vermuten, daß es kurz nach dem mysteriösen Verschwinden des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Otto John, und seinem Auftauchen in der DDR, also im Jahr 1954, entstand⁷⁷. Bei aller gebotenen Zurückhaltung über den Wahrheitsgehalt dieses Memorandums, das ein weitgehend negatives Bild von Schröder zeichnet und ihn als einen machtgierigen und intriganten Menschen darstellt, soll es dennoch hier referiert werden. Dies geschieht nicht nur, weil es das plötzliche Ausscheiden Schröders aus seiner hohen Position in der Verwaltung erklärt. Das Dossier enthält auch neue Aspekte über die noch immer unklaren Kontakte Konrad Adenauers im Spätsommer 1945 mit den Machhabern der französischen Besatzungszone und bringt mehr Licht in die Hintergründe seiner Entlassung als Kölner Oberbürgermeister Anfang Oktober 1945 durch die britische Besatzungsmacht⁷⁸.

Laut Hans-Peter Schwarz sind bislang sechs Treffen Adenauers mit französischen Offizieren in der Zeit von August bis Oktober 1945 bekannt⁷⁹. Des weiteren hält sich das Gerücht, Adenauer sei außerdem in diesem Zeitraum in der Abtei Maria Laach, die ihm 1933 nach seiner Absetzung als Oberbürgermeister Kölns durch die Nationalsozialisten als Zuflucht diente, mit General de Gaulle zusam-

⁷³ SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 26.

⁷⁴ Vgl. den Artikel von Reinhard Appel: „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 20. 1. 1954, S. 3.

⁷⁵ Vgl. dazu Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 92–96.

⁷⁶ Vgl. den Artikel „Gerhard Schröder“, in: DIE ZEIT vom 20. 11. 1952, S. 1.

⁷⁷ ACDP, Nachlaß Lemmer I-280-000/3. Die sechsseitige Aufzeichnung endet bezeichnenderweise mit dem Satz: „Was wußte Dr. John von diesen Vorgängen?“ Zum „Fall John“ vgl. STÖVER, Der Fall Otto John, S. 103–136.

⁷⁸ Zur Entlassung Adenauers vgl. SCHWARZ, Adenauer I, S. 452–472.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 453.

mengetroffen⁸⁰. Die Aufzeichnung aus dem Nachlaß Lemmers berichtet nun tatsächlich von einem Treffen, das in Maria Laach stattfand. Gesprächspartner Adenauers sei aber nicht der französische Ministerpräsident, sondern der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone, General Pierre Koenig, gewesen. Außerdem seien Oberpräsident Fuchs, der die Begegnung zusammen mit Adenauer vorbereitet haben soll, ein Adjutant Koenigs sowie ein Vertreter des französischen Außenministeriums namens Michel Leroy-Beaulieu anwesend gewesen. Die Aufzeichnung gibt als Gesprächsziel der beiden deutschen Politiker an, die Kontakte der Nordrhein-Provinz zu denjenigen Regierungsbezirken, die von der Provinz abgetrennt wurden und jetzt unter französischer Kontrolle standen, nicht abreißen zu lassen. Außer den unmittelbar Beteiligten soll von diesem Treffen nur noch der Persönliche Referent des Oberpräsidenten Kenntnis gehabt haben, der als ein Freund von Schröders Vater beschrieben wird, auf dessen Fürsprache Schröder in den engeren Stab von Fuchs gelangte. Dieser, in der Aufzeichnung nicht genannte Referent, bei dem es sich vermutlich um den Studienfreund Hübinger handelt, der Schröder den Posten in der Verwaltung in Düsseldorf verschafft hatte, soll nun Schröder von dem Treffen in Maria Laach erzählt haben. Die Aufzeichnung berichtet ferner, Schröder sei mit seinem Rang als Regierungsrat unzufrieden gewesen und habe von Fuchs verlangt, ihn aufgrund seiner abgeschlossenen juristischen Ausbildung zu befördern. Der Oberpräsident habe dies jedoch mit der Begründung abgelehnt, er solle sich zunächst auf seinem derzeitigen Posten bewähren. Daraufhin habe Schröder enge Kontakte zu dem Stellvertreter von Fuchs und Chef der Abteilung ‚Allgemeine Verwaltung‘, dem späteren Bundesinnenminister Robert Lehr, sowie dessen Stellvertreter und späteren Leiter der Staatskanzlei der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Hermann Wandersleb, geknüpft, die in Opposition zum Oberpräsidenten standen. Lehr erfuhr jedenfalls von der Konspiration Adenauers und Fuchs' mit den Franzosen und informierte den britischen Militärbefehlshaber der Nordrhein-Provinz, Brigadegeneral John Barraclough. Dieser verfügte nach Rücksprache mit dem Hauptquartier der britischen Militärregierung in Oynhausen den Rücktritt Fuchs' und die Entlassung Adenauers⁸¹. Zum Nachfolger des abgelösten Oberpräsidenten wurde Lehr bestimmt, während Wandersleb zum Chef der Allgemeinen Verwaltung aufrückte. Als erste Amtshandlung verfügte der neue Oberpräsident die Entfernung des gesamten Mitarbeiterstabes seines Vorgängers. Auffälligerweise entging Schröder nicht nur dieser ‚Säuberung‘, sondern wurde sogar noch zum Oberregierungsrat befördert. Ohne ihn ausdrücklich als Informanten Lehrs zu bezeichnen, unterstellt der Bericht, daß Schröder sein Wissen benutzt habe, um seine Karriere voranzubringen⁸².

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 464.

⁸¹ Fälschlicherweise wird in der hier referierten Aufzeichnung behauptet, beide Entlassungen seien am gleichen Tag erfolgt; Lehr trat jedoch am 2. 10. 1945 zurück, während Adenauers Entlassung am 6. 10. 1945 erfolgte. Vgl. dazu ebenda, S. 465 und S. 472.

⁸² Vgl. die Aufzeichnung „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, ACDP, Nachlaß Lemmer I-280-000/3.

Dagegen vertrat Schröder später die Position, Adenauer sei nur deswegen entlassen worden, weil Barraclough mit dem Stand der Aufräumarbeiten in Köln nicht zufrieden war und Adenauers Pläne für den Wiederaufbau der Stadt für übertrieben hielt: „In diesen Vorgang [*die Entlassung Adenauers*] ist viel hineingeheimnißt worden. Intrigen? Höhere Politik? Ich bin immer noch der Meinung, daß es so simpel war, wie ich es gesagt habe.“⁸³ Inwieweit Schröder tatsächlich in die Entlassung Adenauers verwickelt war, wird sich wohl kaum mehr aufklären lassen. Tatsache ist, daß er nach dem Wechsel von Fuchs zu Lehr nun einen verhältnismäßig hohen Rang innerhalb der Verwaltung einnahm. Er war mit Wahl- und Verfassungsfragen beauftragt und gehörte dem britischen Zonenbeirat in Hamburg als stellvertretendes Mitglied an⁸⁴. Schröders Ziel war aber nicht die Verwaltungslaufbahn. Er verstand sich nicht als Beamter, sondern als Politiker⁸⁵. Jetzt, nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, konnte er seinen Lebensplan verwirklichen, im öffentlichen Leben tätig zu werden. Er wollte seine Erfahrungen, seine politischen Vorstellungen und Ideen in den staatlichen Neuaufbau einbringen⁸⁶.

Im Herbst 1946 präsentierte er in der *Zeit* seine Gedanken über ein künftiges deutsches Wahlrecht. Nach seinen Vorstellungen sollte die Verhältniswahl, wie sie in der Weimarer Republik praktiziert worden war, in einem künftigen deutschen Staatswesen nicht mehr eingeführt werden, da sie die Destabilisierung des politischen Systems fördere. Er plädierte für ein Parlament mit höchstens drei Parteien und favorisierte deshalb das britische Mehrheitswahlrecht⁸⁷. Wohl auch aufgrund dieses Standpunktes wurde er zum Vorsitzenden des *Deutschen Wahlrechtsausschusses bei der britischen Kontrollkommission* berufen. In zahlreichen Zeitungsartikeln bemühte er sich in den folgenden Jahren, die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Wahlsystems aufzuklären und von seiner Sicht der Dinge zu überzeugen⁸⁸. Er beteiligte sich deshalb auch an der Gründung der *Deutschen Wählergesellschaft* in Frankfurt a. M., die es sich ebenfalls zum Ziel gesetzt hatte, für die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu werben⁸⁹. Obwohl die Bundesrepublik im Grunde keine schlechten Erfahrungen damit machte, daß sie sich das britische Wahlrecht nicht zum Vorbild nahm, konnte sich Schröder zeit seines Lebens nicht mit dem personalisierten Verhältniswahlrecht der Bundesrepublik anfreunden. Auch die Einführung der sogenannten Fünf-Prozent-Klausel änderte seine Meinung nicht. Im Gegenteil, er sah es als ein demokratisches Manko an, daß eine kleine Partei wie die FDP die Rolle eines Züngleins an der Waage spielen konnte, wenn weder CDU/CSU noch die SPD über eine absolute Mehrheit der Mandate

⁸³ SCHRÖDER, „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“.

⁸⁴ Vgl. SCHWARZKOPF/WRANGEL, Chancen, S. 149;. Vgl. dazu auch den Artikel „Gerhard Schröder“, in: DIE ZEIT vom 20. 11. 1952, S. 1.

⁸⁵ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 95.

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 92 f.

⁸⁷ Vgl. den Artikel „Zur Kritik des Wahlsystems“, in: DIE ZEIT vom 7. 11. 1946, S. 3. Dieser Beitrag erschien ohne Verfasserangabe. Die Redaktion teilte lediglich mit, es handle sich um den Vorsitzenden des deutschen Wahlrechtsausschusses für die britischen Zone.

⁸⁸ Vgl. dazu SCHRÖDER, Wir brauchen eine heile Welt, S. 36–43.

⁸⁹ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 95.

verfügten, und dadurch weitaus mehr Macht und Einfluß erhielt, als ihrem Stimmenanteil angemessen war. Schröder war der Ansicht, daß die Gründungsmütter und -väter der Bundesrepublik in diesem Punkt die Weichen falsch gestellt hätten⁹⁰.

Noch ist die Frage aber nicht beantwortet, warum er trotz seines raschen Aufstiegs in der Verwaltung der Nordrhein-Provinz 1947 schließlich den Dienst quittierte. Die erwähnte Aufzeichnung aus dem Nachlaß von Ernst Lemmer, die inhaltlich im übrigen in bemerkenswerter Weise mit einem Artikel im *Spiegel* aus dem Jahr 1959 übereinstimmt⁹¹, gibt folgende Erklärung: Das zunächst gute Verhältnis zwischen Schröder und Lehr habe sich sehr rasch abgekühlt, weil Lehr feststellen mußte, daß aus seinem Büro Informationen an die britische Militärregierung weitergegeben wurden. Der Verdacht des Oberpräsidenten fiel sehr rasch auf seinen früheren Verbündeten, unterhielt dieser doch ein Verhältnis mit der Sekretärin Lehrs. Da sich Schröder nicht an die Anweisung hielt, die Beziehung abzubrechen, beabsichtigte Lehr, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, um ihn aus dem Verwaltungsdienst zu entfernen. Wandersleb riet ihm aber von diesem Schritt ab, weil er damit rechnete, daß die Militärregierung ihre Zustimmung nicht erteilen würde, falls Schröder tatsächlich ein Informant der Briten sei. Daraufhin entschloß man sich, ihn auf einen unwichtigen Posten abzuschieben. Auch als Lehr nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Amt geschieden und Schröder jetzt unter Innenminister Menzel in der Regierung Rudolf Amelunxen tätig war, führte er sein außereheliches Verhältnis fort. Eine Urlaubsreise an den Tegernsee, bei der er seine Begleiterin als seine Ehefrau ausgab, führte jedoch zu polizeilichen Ermittlungen, bei denen unter anderem auch seine Frau Brigitte in Hamburg vernommen wurde. Da die Polizei auch die nordrhein-westfälische Regierung von diesem Vorfall informierte, gab Schröder dem Dossier zufolge seine Beamten­tätigkeit auf⁹². Anschließend ließ er sich als freier Anwalt in Düsseldorf nieder⁹³. Kurz darauf empfahl ihn der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, dem Präsidenten der Stahltruhändlervereinigung, Heinrich Dinkelbach. Schröder war nun hauptsächlich als Abteilungsleiter für diese Behörde tätig, die an der Entflechtung der Stahlindustrie mitwirkte. In dieser Funktion stand er dem Aufsichtsrat über die Hüttenwerke Ruhrort-Meidrich

⁹⁰ Vgl. SCHRÖDER, *Jurist*, S. 34; Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 96.

⁹¹ Vgl. den Artikel „Der Mitschreiber“, in: *DER SPIEGEL* vom 22. 7. 1959, S. 16–25. Schröder reagierte auf diese Veröffentlichung sehr erobst. Am 31. 7. 1959 schrieb er an Adenauer, man könne „im Interesse der Pressefreiheit nur wünschen, daß sonst bald DDT auch gegen solche Publikationen erfunden wird. Im übrigen enthält der Aufsatz über mich nicht weniger als 75 (gezählte!) Unrichtigkeiten.“ Für das Schreiben vgl. StBKAH III/24. Selbst einer der schärfsten Kritiker Schröders, Wolfgang Wagner, meinte später, es habe sich um eine „ausgesprochen böswillige Titelgeschichte“ gehandelt. Vgl. WAGNER, *Der neue Mann im Außenamt*, S. 23.

⁹² Vgl. die Aufzeichnung „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, ACDP, Nachlaß Lemmer I-208-000/3, S. 4–6. Zu seinem Ausscheiden aus der Verwaltung teilte Schröder rückblickend lediglich mit, er habe sich in der Regierung Amelunxen nicht mehr wohlfühlt. Vgl. SCHRÖDER, *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*, S. 27.

⁹³ Vgl. GOYKE, *Die 100 von Bonn*, S. 245.

und Haspe vor. Er erhielt so einen Einblick in die vielfältigen Probleme der Montanindustrie⁹⁴, geriet aber in den Ruf, ein Mann der Industrie zu sein⁹⁵.

Schröder gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU im Rheinland. 1947 fiel er Adenauer, damals Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, erstmals auf, als Schröder, noch als Referent in der Verwaltung Nordrhein-Westfalens tätig, eine für die CDU günstige Wahlkreiseinteilung bei den ersten Landtagswahlen vornahm⁹⁶. Zwei Jahre später wurde er als Bundestagskandidat im Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann aufgestellt, obwohl Adenauer eigentlich einen anderen Kandidaten ins Auge gefaßt hatte. Schröder sollte seiner Ansicht nach erst im Landtag parlamentarische Erfahrung sammeln: „Der Schröder ist zu jung, der sollte in den Landtag gehen, der kann sich ja unter den alten Füchsen in so einer Riesenfraktion nicht durchsetzen.“⁹⁷ Im Wahlkampf versuchte Schröder die Bürger zu überzeugen, daß er für einen politischen Neuanfang steht: „Ich bin kein *alter Parlamentarier* und kein *Routinier der alten Schule*“ – mit diesen Worten begann sein Wahlauftritt⁹⁸. Mit klaren Aussagen und dem Einsatz moderner Wahlkampfmethoden gelang es ihm, den Wahlkreis, in dem eigentlich nach dem Ausgang der Landtagswahlen 1947 ein Sieg der SPD erwartet wurde, mit einem Vorsprung von 3.000 Stimmen zu gewinnen⁹⁹. So zog er im September 1949 als weithin unbekannter parlamentarischer Neuling in den ersten Deutschen Bundestag ein.

Für die Öffentlichkeit, aber auch für weite Kreise innerhalb der CDU/CSU war er ein noch unbeschriebenes Blatt. Weder übte er bislang ein Parteiamt aus, noch verfügte er über eine Hausmacht, auf die er sich stützen konnte. Dennoch rechnete er allen Ernstes damit, Adenauer würde ihm ein Ministeramt antragen¹⁰⁰. Als sich diese Hoffnung nicht erfüllte, konzentrierte er sich auf den Aufstieg in der Fraktion. Er ließ sich nicht auf die Hinterbänke des Parlaments abschieben, sondern verstand es sehr schnell, sich einen Namen zu machen. Aufgrund seiner Tätigkeit in der Montanindustrie war er ein juristischer Experte in diesem Bereich. In seiner parlamentarischen Arbeit konzentrierte er sich daher zunächst auf die Neuordnung der Kohle- und Stahlindustrie. Besonders intensiv widmete er sich dem Problem der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montanindustrie und setzte sich nachdrücklich für eine paritätische Regelung ein. In Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des CDU-Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik, Franz Etzel, bereitete er in der Unionsfraktion die entsprechenden Bestimmungen

⁹⁴ Vgl. SCHWARZ, Dr. Gerhard Schröder, S. 17, sowie den Artikel von Reinhard Appel: „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 20. 1. 1954, S. 3.

⁹⁵ Vgl. OPPELLAND, Gerhard Schröder, S. 77.

⁹⁶ Vgl. den Artikel von Reinhard Appel: „Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder“, in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 20. 1. 1954, S. 3.

⁹⁷ Zitiert nach dem Artikel „Gerhard Schröder“, in: DIE ZEIT vom 20. 11. 1952, S. 1. Vgl. ferner SCHRÖDER, „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“.

⁹⁸ SCHRÖDER, Wir brauchen eine heile Welt, S. 52 (Hervorhebungen im Original).

⁹⁹ Vgl. Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S. 99; SCHWARZ, Dr. Gerhard Schröder, S. 19.

¹⁰⁰ Vgl. SCHRÖDER, „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“.

vor¹⁰¹. Schröder wird deswegen zuweilen als „einer der Väter der Sozialpartnerschaft“ bezeichnet¹⁰². Den Widerstand mancher Teile der Industrie – die „Kräfte der trägen Beharrung“, wie er sie nannte – gegen eine paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wies er am 27. Juli 1950 im Bundestag zurück und argumentierte, „daß nur in einer Überwindung der Verhältnisse, wie wir sie gehabt haben, eine Aussicht auf Zukunft gegeben ist“¹⁰³. Im Rückblick sah auch Schröder selbst sein Engagement in dieser Frage, das ihn einer breiten Öffentlichkeit bekannt machte, als den eigentlichen Auftakt seiner politischen Karriere an¹⁰⁴. Gleichzeitig arbeitete er sich in der Unionsfraktion nach oben. Schon 1951 wurde er zum Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, berufen. Auch in der Parteihierarchie stieg er rasch auf. Er war jetzt Mitglied des Landesvorstands der CDU Nordrhein-Westfalen sowie des Bundesvorstands. Schröder gehörte zu den „hoffnungsvollen jungen Männern“ der Partei¹⁰⁵.

Seine wesentliche Aufgabe als Politiker sah er in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, als diese noch ungefestigt erschien und sich ihre politische Stabilität erst noch erweisen mußte, darin, der Demokratie ein sicheres Fundament zu errichten. Unentwegt warnte er vor einem Rückfall in die Krisen der Weimarer Zeit. Die erste deutsche Republik war für ihn der Inbegriff eines instabilen Staatsgebildes, welches ein politisches Klima zuließ, das letztendlich den Aufstieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus ermöglicht hatte. Sein Wirken war daher darauf gerichtet, die Organe und Institutionen des neuen Staates in der Gesellschaft zu verankern, den Rechtsstaat zu festigen und ihm in allen Bereichen des öffentlichen Lebens Geltung zu verschaffen. Dies erschien ihm um so wichtiger, da die Bundesrepublik als künstliches Produkt der Besatzungszeit, deren staatliche Autorität zudem nur in einem Teil Deutschlands galt, die Hypothek trug, sich Ansehen und Legitimation beim Bürger erst erwerben zu müssen. Sie durfte auf keine natürliche Verbundenheit des Einzelnen mit dem Staat bauen, sondern mußte selbst die Voraussetzungen schaffen, daß sich ein Staatsbewußtsein in der Bevölkerung allmählich entwickeln konnte¹⁰⁶.

Die Ernennung zum Innenminister im zweiten Kabinett Adenauer am 20. Oktober 1953 als Nachfolger seines früheren Düsseldorfer Chefs, Robert Lehr, war für die politischen Kreise in der Bundesrepublik keine Überraschung mehr, obwohl Schröder in der ersten Legislaturperiode nicht gerade als Gefolgsmann Adenauers aufgetreten war. Die Personalentscheidung Adenauers fand auch in der Fraktion einhellige Zustimmung¹⁰⁷. Schröder war nun Mitglied der Bundesregierung – „glücklicherweise“, so sein späteres Urteil, vier Jahre später, als er eigentlich erhofft hatte¹⁰⁸. Die mit dem neuen Amt verbundene, gesteigerte öffentliche

¹⁰¹ Vgl. WENZEL, Gerhard Schröder, S. 173 f.

¹⁰² So Meinhold Krauss in SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 28.

¹⁰³ BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 4, S. 2937.

¹⁰⁴ Vgl. SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 30.

¹⁰⁵ ECKARDT, Ein unordentliches Leben, S. 276.

¹⁰⁶ Vgl. dazu die Auswahl von entsprechenden Artikeln und Reden Schröders aus dieser Zeit in SCHRÖDER, Wir brauchen eine heile Welt, S. 44–47 und S. 56–111.

¹⁰⁷ Vgl. SCHWARZ, Dr. Gerhard Schröder, S. 19.

¹⁰⁸ SCHRÖDER, „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“.

Aufmerksamkeit nützte er, um seine politischen Überzeugungen der Öffentlichkeit darzulegen. In seinen Ansprachen hob er vor allem den positiven Unterschied zwischen der jetzigen Demokratie westlicher Prägung und dem deutschen Obrigkeitsstaat früherer Zeit hervor. In seinen öffentlichen Reden wandte er sich oft direkt an den einfachen Bürger, den „Mann auf der Straße“, wie ihn Schröder bezeichnete, der für ihn der Garant der Demokratie war. Ihn rief er dazu auf, sich nicht länger als Untertan des Staats zu fühlen, sondern als ein Teil desselben, nämlich als Staatsbürger, der die staatlichen Entscheidungen mitbestimmt. Schröder hob jedoch nicht nur die Verantwortung des Einzelnen für die Etablierung einer gefestigten Demokratie hervor, sondern stellte auch die seines Erachtens entscheidende Rolle der Presse für die Entstehung einer positiven Grundeinstellung im Volk gegenüber dem noch jungen Staatsgebilde heraus¹⁰⁹.

Natürlich war ihm bewußt, daß Appelle allein nicht genügten, obrigkeitsstaatliches Denken und undemokratische Traditionen zurückzudrängen. Als Innenminister förderte er deshalb den Auf- und Ausbau der politischen Bildung nach Kräften. Die Stabilität der Bundesrepublik hing aber für ihn nicht nur von der Solidarität ab, die der Bürger für den Staat empfand. Ebenso entscheidend erachtete er die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit. Seine Warnungen vor kommunistischen Unterwanderungen und Umsturzplänen, seine Forderung nach einer Luftschutzplanung zum Schutz der Zivilbevölkerung bei einem bewaffneten Angriff sowie seine Pläne für eine Notstandsgesetzgebung stießen jedoch teilweise auf erbitterten Widerstand bei der parlamentarischen Opposition. Hatten die Sozialdemokraten bei seinen Reden im Bundestag zur Mitbestimmungsfrage noch applaudiert, sahen sie jetzt in ihm den „Schwarzen Mann“ des Kabinetts. Schröder geriet in den Ruf, er sei ein Anhänger einer autoritären Staatsideologie¹¹⁰. Er wurde zu einem der „prominentesten Prügelknaben von Bonn“, der „im Bundestag mit schöner Regelmäßigkeit Tumulte auslöste und von den Sozialdemokraten mit den bösesten Zwischenrufen geradezu überschüttet“ wurde¹¹¹. Er ließ sich jedoch nicht von seinem Weg abbringen, da er überzeugt war, eine wehrhafte Demokratie müsse sowohl auf dem rechten, als auch auf dem linken Auge wachsam bleiben¹¹². So führte er auch die beiden bisher einzigen Parteiverbotsprozesse in der Geschichte der Bundesrepublik beim Bundesverfassungsgericht durch. Schröder hatte die Verfahren gegen die KPD und die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei (SRP) noch von seinem Vorgänger übernommen. Den Prozeß gegen die KPD – dies behauptete er zumindest später – hätte er aber gerne eingestellt, da die Behörden seiner Ansicht nach auch ohne Verbot dieses Problem in den Griff bekommen hätten¹¹³. 1960 mußte der Innenminister die von ihm eingebrachte Gesetzesinitiative für eine Notstandsregelung zurückziehen, da für die weitreichenden Rechte, die die Vorlage der Exekutive im Ernstfall

¹⁰⁹ Vgl. SCHRÖDER, *Wir brauchen eine heile Welt*, S. 83–106.

¹¹⁰ Ebenda, S. 81.

¹¹¹ HOFF, *Demokratie und Autorität*, S. 42.

¹¹² Vgl. SCHRÖDER, *Wir brauchen eine heile Welt*, S. 145–149 und S. 180–182.

¹¹³ Vgl. SCHRÖDER, *Eine Schlacht um Otto John*; ders., *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*, S. 37.

gewährte, keine parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit zu finden war. Zu Zugeständnissen an die Opposition war Schröder nicht bereit: „Besser keine, als eine schlechte Notstandsregelung“, meinte er trocken¹¹⁴. Mit den im Mai 1968 durch die *Große Koalition* beschlossenen Notstandsgesetzen konnte er sich deswegen nie anfreunden. Schröder hielt sie nicht für praktikabel, da sie die Rechte der Bundesregierung seiner Meinung nach zu stark einschränkten. Er war der Ansicht, die Regierung müßte im Ernstfall freie Hand haben: „Der Notstand ist die Stunde der Exekutive.“¹¹⁵

Die Rücknahme der von ihm ausgearbeiteten Notstandsregelung blieb nicht die einzige politische Niederlage Schröders in seiner Zeit als Innenminister. So scheiterte er 1961 mit Adenauers Plänen für ein von der Bundesregierung betriebenes *Deutschland-Fernsehen* am Bundesverfassungsgericht. Die schwerste Amtskrise hatte er jedoch bereits 1954 nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt zu überstehen, als der Präsident des Verfassungsschutzes, Otto John, am 20. Juli auf mysteriöse Weise verschwand und wenig später in Ost-Berlin wieder auftauchte. Die Opposition forderte den Rücktritt des Innenministers, da er für den Verfassungsschutz verantwortlich war. Obwohl Schröder im Verlauf dieser ersten großen politischen Bewährungsprobe einige Male ungeschickt handelte – beispielsweise wurde seine Idee heftig kritisiert, für die Aufklärung der Affäre eine halbe Million DM als Belohnung auszuschreiben¹¹⁶ –, konnte er im Bundestag den gegen ihn erhobenen Vorwurf entkräften, er habe seine Aufsichtspflicht gegenüber John verletzt und sich auf dem Schleudersitz des Innenministers behaupten¹¹⁷.

Die acht Jahre, die er insgesamt dem Bundesministerium des Inneren vorstand, wurden bis zum heutigen Tag von keinem seiner Nachfolger übertroffen. Aufgrund der weitgehend reibungsfreien Zusammenarbeit in dieser Zeit mit dem Kanzler bekam Schröder das Image eines „Musterknabe[n] des Kabinetts“¹¹⁸. Er selbst verglich seine Beziehung zu Adenauer mit einem „Vater-Sohn-Verhältnis“¹¹⁹. Kritiker warfen ihm vor, zu wenig innovativ zu sein. Der Journalist Wolfgang Wagner meinte: „Für ihn war die Parole *Keine Experimente* nie ein bloßer Wahlslogan, sondern ein selbstverständliches Prinzip des Handelns.“¹²⁰ Insgesamt gesehen kann Schröders Amtsführung aber als erfolgreich bezeichnet werden. Sie verschaffte ihm Reputation sowohl innerhalb der Partei, als auch in der Öffentlichkeit. Sein Amt als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Union, das er als Nachfolger von Hermann Ehlers und Robert Tillmanns seit 1955 bekleidete, machte ihn zudem zum Sprecher des protestantischen Flügels von

¹¹⁴ Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 41. Vgl. auch SCHRÖDER, *Wir brauchen eine heile Welt*, S. 164–180.

¹¹⁵ SCHRÖDER, *Im Gespräch mit Meinhold Krauss*, S. 34. Vgl. auch ders., *Eine Schlacht um Otto John*.

¹¹⁶ Vgl. SCHRÖDER, *Eine Schlacht um Otto John*; Adelbert SCHRÖDER, *Mein Bruder Gerhard Schröder*, S. 108.

¹¹⁷ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 21, S. 1953–1959; SCHRÖDER, *Eine Schlacht um Otto John*.

¹¹⁸ WAGNER, *Der neue Mann im Außenamt*, S. 23.

¹¹⁹ SCHRÖDER, „Donnerwetter, das kann ja fein werden ...“.

¹²⁰ WAGNER, *Außenamt*, S. 26 (Hervorhebung im Original).

CDU und CSU. Die Treffen des Arbeitskreises nutzte er oftmals, um auf die Bedeutung eines christlich-moralischen Fundaments jeglicher Politik hinzuweisen¹²¹.

Schon Ende der fünfziger Jahre wurde er in Politiker- und Journalistenkreisen als ein potentieller Nachfolger Adenauers gehandelt. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Emnid* vom Januar 1958 zeigt aber, daß die Bevölkerung den Innenminister noch nicht zum unmittelbaren Kreis der Kronprinzen zählte: Nur 3% der Befragten nannten auf die Frage, wer ihrer Meinung nach Adenauer als Kanzler beerben sollte, Schröder. Hingegen plädierten 28% für von Brentano, weitere 30% wünschten sich Erhard als Bundeskanzler¹²². Er selbst hatte keine Zweifel an seiner Befähigung zu höheren Aufgaben: „Ein Politiker von meinem Format kann nur noch zwei Ambitionen haben: Außenminister oder Kanzler“, soll er schon 1959 geäußert haben¹²³. Auch Adenauer spürte schon frühzeitig, daß Schröder nach Höherem strebe: „Wissen se, wat der will? Der will auf dem Sessel sitzen“, und zeigte auf seinen eigenen¹²⁴. Daß sein Ehrgeiz tatsächlich auf den Kanzlerstuhl zielte, zeigt sein Verhalten in den Jahren 1958/59, als ein Nachfolger für den scheidenden Bundespräsidenten Heuss gesucht wurde. Hier betrieb er Politik in eigener Sache und bemühte sich sehr geschickt, seinen Mitbewerber um die Kanzlernachfolge, Wirtschaftsminister Erhard, auf den Posten des Bundespräsidenten abzuschieben. Schröder begann bereits im Oktober 1958, mögliche Kandidaten für die Nachfolge von Heuss ins Auge zu fassen¹²⁵. Anfang 1959 versuchte er dann, Erhard zur Kandidatur zu überreden. Schröder köderte ihn mit dem Hinweis, er könne, sobald Adenauer abtrete, jederzeit das Präsidentenamt wieder aufgeben, um selbst Kanzler zu werden¹²⁶. Auf diese Weise versuchte er, den aussichtsreichsten Konkurrenten um das Amt des Bundeskanzlers wegzuloben¹²⁷. Der weitere Verlauf der „Präsidentschaftskrise“ ist bekannt und braucht hier nur in aller Kürze geschildert werden: Erhard erklärte sich zunächst zur Kandidatur bereit. Plötzlich entschloß sich Adenauer aber, selbst das Amt zu übernehmen. Schließlich zog er jedoch seine Bewerbung wieder zurück, worauf die Union wegen dieser Kehrtwende heftige Kritik an ihrem Vorsitzenden übte¹²⁸.

¹²¹ Zu der christlichen Fundierung von Schröders Politikauffassung, vgl. die Ansprachen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Bischof a. D. Hermann Kunst anlässlich des Staatsaktes für Gerhard Schröder im Bundestag, in: BULLETIN 1990, S. 41–44. Vgl. ferner Adelbert SCHRÖDER, Mein Bruder Gerhard Schröder, S 116–119.

¹²² Vgl. dazu KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 181.

¹²³ Zitiert nach GOYKE, Die 100 von Bonn, S. 246.

¹²⁴ Zitiert nach dem Artikel „Gerhard Schröder“, in: DIE ZEIT vom 20. 11. 1952, S. 1 (Hervorhebung im Original).

¹²⁵ Vgl. HEUSS, Tagebuchbriefe, S. 347.

¹²⁶ Vgl. WAGNER, Die Bundespräsidentenwahl 1959, S. 14f. Zu Schröders Drängen, Erhard als Bundespräsidenten zu nominieren, vgl. auch KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 3. 2. 1959, S. 329.

¹²⁷ So bereits der Eindruck Heinrich Krones: KRONE, Tagebücher, Einträge vom 26. 2. und 1. 3. 1959, S. 335f. Vgl. ferner CONZE, Die gaullistische Herausforderung, S. 139; KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 236;.

¹²⁸ Vgl. dazu WAGNER, Die Bundespräsidentenwahl 1959, S. 13–72.

Einer der wenigen, die Adenauer verteidigten, war Schröder. Als Adenauer in der Fraktionssitzung der Union am 5. Juni 1959 unter schweren Beschuß geriet, stellte sich der Innenminister auf die Seite des angeschlagenen Kanzlers¹²⁹. In der Haushaltsdebatte des Bundestags am 11. Juni 1959 nahm er ihn erneut in Schutz, indem er Adenauers Aussage bestätigte, seine Entscheidung, die Kandidatur niederzulegen, sei nicht spontan erfolgt. Schröder erinnerte daran, daß dieser bereits am 14. Mai 1959 mitgeteilt hatte, er sei zu 90% entschlossen, nicht zu kandidieren. Er unterschlug dabei aber, daß der Kanzler in den Wochen danach seine Bewerbung um so nachhaltiger bekräftigt hatte¹³⁰. Schröder bestätigte durch seine Unterstützung Adenauers seinen Ruf als treuer Paladin. Durch sein loyales Verhalten stieg er in dessen Wertschätzung¹³¹. In realistischer Einschätzung der politischen Machtverhältnisse in CDU und CSU konzentrierte sich Schröder aber nicht auf die Nachfolge Adenauers, sondern zunächst auf die Übernahme des Auswärtigen Amts und machte aus diesem Ziel auch keinen Hohl¹³². Seine heimliche Leidenschaft galt nämlich schon seit langem der Außenpolitik. Auffallend oft hatte er sich bereits als Bundestagsabgeordneter in Debatten oder in Zeitungskolumnen zu Fragen der auswärtigen Politik geäußert¹³³. Als Innenminister ließ er sich vom Regierungssprecher, Felix von Eckardt, regelmäßig über die aktuelle außenpolitische Lage informieren¹³⁴. Auf diese Weise bemühte er sich, seine mangelnde Erfahrung auszugleichen. So gut es ging, bereitete er sich auf den Moment vor, in dem der Ruf ins Auswärtige Amt erklingen würde. Da er geschickterweise seine Ambition nie verborgen hatte, konnte er damit rechnen, im Falle einer Neubesetzung dieses Postens zum ersten Kreis der Anwärter zu gehören.

¹²⁹ Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 320–324; KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 5. 6. 1959, S. 360f.

¹³⁰ Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 341–344.

¹³¹ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 170 und S. 357f.

¹³² Vgl. SCHRÖDER, Im Gespräch mit Meinhold Krauss, S. 32; BLANKENHORN, Verständnis, S. 290; ECKARDT, Ein unordentliches Leben, S. 276; KRONE, Tagebücher, Einträge vom 31. 1. und 3. 2. 1953 sowie vom 12. 6. 1958, S. 112f. bzw. S. 304.

¹³³ Vgl. SCHRÖDER, Wir brauchen eine heile Welt, S. 65–77.

¹³⁴ Vgl. ECKARDT, Ein unordentliches Leben, S. 276.

II. Außenminister unter Bundeskanzler Konrad Adenauer 1961–1963

1. Die Berufung zum Außenminister

Bis zum August 1961 prophezeiten alle Meinungsumfragen CDU und CSU einen überzeugenden Sieg bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961. Daß die Union die absolute Mehrheit wiedererlangen würde, stand für die Demoskopen außer Frage; es wurde sogar ein noch größerer Stimmenanteil als bei der schon legendären Wahl 1957 für möglich gehalten¹. Doch mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 setzte ein Stimmungsumschwung ein. Die Teilung der Stadt und die Tatenlosigkeit der Westmächte deprimierten nicht nur die Berliner, sondern die gesamte bundesdeutsche Bevölkerung. Die Ereignisse des 13. August schienen ein Symbol für das Scheitern der Deutschland-Politik Konrad Adenauers zu sein². Das ungeschickte Verhalten des Bundeskanzlers in den Tagen nach der Abriegelung von Berlin (West) durch die Behörden der DDR kostete ihn weitere Sympathien in der Bevölkerung. Erst neun Tage nach dem Mauerbau fuhr Adenauer an die Spree. Zu spät, um der Bevölkerung die erwartete psychologische Rückendeckung zu geben, indem er sich persönlich am Brennpunkt des Geschehens zeigte³. Er setzte statt dessen den Wahlkampf fort und ließ sich in seinen Reden zu diffamierenden Angriffen gegen seinen Konkurrenten, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hinreißen⁴. Während die Nation aufgewühlt nach Berlin blickte, erweckte Adenauer den Eindruck, als denke er nur an die kommenden Wahlen, die zu gewinnen ihm fast jedes Mittel recht sei. Zudem versicherte er nur drei Tage nach dem Mauerbau dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Andrej Andrejewitsch Smirnow, „daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern“⁵. Dabei hatte nicht Bonn, sondern Moskau soeben eine neue weltpolitische Krise ausgelöst! Buchheim bemerkt zu

¹ Vgl. OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“, S. 67; SCHWARZ, Epochenwechsel, S. 152. Bei der Bundestagswahl 1957 erhielt die Union 50,2% der abgegebenen Stimmen und damit 270 von insgesamt 497 Mandaten. Vgl. WOYKE, Stichwort: Wahlen, S. 48 und S. 52.

² Vgl. unter anderem BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 341.

³ Vgl. OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“, S. 55–66. Der Hauptgrund für Adenauers Zögern war die Angst, daß sein Erscheinen an der Mauer eine Revolte der Ostberliner auslösen könnte, die nach Lage der Dinge nur zu sinnlosem Blutvergießen führen würde. Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag des Persönlichen Referenten des Kanzlers, Franz-Josef Bach, in SCHWARZ (Hrsg.), Berlinkrise und Mauerbau, S. 49f.

⁴ So sprach Adenauer am 14. 8. 1961 auf einer Wahlveranstaltung in Regensburg unter anderem von „Herr[n] Brandt, alias Frahm“ und spielte damit auf dessen uneheliche Geburt sowie Brandts Emigration während der NS-Zeit an. Vgl. ADENAUER, Reden, S. 417.

⁵ Vgl. das Communiqué über die Besprechung am 16. 8. 1961, in: DZD IV/7, S. 48.

Recht, daß Adenauer wohl die psychologische Wirkung seiner Handlungen auf die verunsicherte Bevölkerung unterschätzt hatte⁶. Dieser sah es aber als seine oberste Pflicht in dieser bedrohlichen Situation an, die Krise nicht noch weiter anzuheizen⁷.

Die Zustimmungswerte für den Kanzler und seine Partei fielen bei den Meinungsumfragen rapide in den Keller. Es war „der stärkste Klimasturz in der Demoskopie“, wie Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut später konstatierte⁸. Zu Beginn des Monats September tendierte die politische Stimmung eindeutig zur SPD. Nur durch stärkstes Engagement gelang es Adenauer in den verbliebenen zwei Wochen bis zum Wahltag am 17. September, das Ruder wieder zugunsten von CDU und CSU herumzureißen⁹. Der triumphale Wahlsieg von 1957 konnte jedoch nicht mehr wiederholt werden. Zwar verteidigte die Union ihre Position und stellte weiterhin die stärkste Fraktion im Bundestag, doch mußte sie einen empfindlichen Rückgang von 4,9% der Wählerstimmen beklagen. Mit einem Stimmenanteil von 45,3% verfügte sie über 242 Sitze. Zur absoluten Mehrheit fehlten aber acht Mandate. Die SPD steigerte sich hingegen um 4,4% auf 36,2% der Stimmen. Die eigentlichen Wahlsieger waren aber die Freien Demokraten, die mit der Parole ‚Mit der CDU/CSU, ohne Adenauer‘ das bis zum heutigen Tag beste Ergebnis ihrer Parteigeschichte einfuhren und nach einem Zugewinn von 5,1% jetzt 12,8% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten¹⁰. Die FDP strebte eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Union an. Sie machte jedoch ihre Koalitionsbereitschaft davon abhängig, daß CDU und CSU „den alten Staatsmann durch einen anderen, jüngeren Mann ersetzen“ würden¹¹. Der Vorsitzende der FDP, Erich Mende, nannte sogleich den Wunschkandidaten der Liberalen für die Nachfolge: „Professor Erhard hat unser volles Vertrauen.“¹² Auch in der Union war der Widerstand gegen eine Wiederwahl des ‚Alten‘ gewachsen. Führende Kreise aus CDU und CSU hatten den Liberalen schon vor dem Wahltag eine Ablösung Adenauers signalisiert. Hinter verschlossenen Türen hatte der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, seine Parteifreunde ebenfalls schon auf Erhard eingestimmt¹³. So mancher in der Union, der an der Befähigung

⁶ Vgl. BUCHHEIM, Deutschlandpolitik, S. 111 f.

⁷ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 660 f.

⁸ Zitiert nach OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“, S. 67. Vgl. auch ebenda, S. 281, Anm. 32.

⁹ Vgl. ebenda, S. 67–69; SCHWARZ, Adenauer II, S. 670.

¹⁰ Vgl. WOYKE, Stichwort: Wahlen, S. 49 und S. 52. Zum Wahlkampf der FDP vgl. MENDE, Die schwierige Regierungsbildung 1961, S. 305. In der Literatur wird die Zahl der Mandate, die CDU und CSU zur absoluten Mehrheit fehlten, alternierend mit sieben bzw. acht angegeben. Dieser Unterschied ist auf eine Nachwahl im Wahlkreis Cochem zurückzuführen, die erst am 1. 10. 1961 stattfand: Am Wahltag selbst fehlten der Union also sieben, im Endergebnis schließlich acht Mandate. Vgl. ebenda, S. 312.

¹¹ Vgl. Protokoll der FDP-Bundesvorstandssitzung am 19. 9. 1961, in: FDP-BUNDESVORSTAND, S. 91.

¹² Ebenda.

¹³ Vgl. dazu DEXHEIMER, Koalitionsverhandlungen, S. 41 f.; KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 559; KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 1. 10. 1961, S. 535; SCHWARZ, Epochenwechsel, S. 228.

des Wirtschaftsministers zum Kanzleramt zweifelte, sah in diesem Schachzug den Versuch des CSU-Vorsitzenden, nach einem Übergangskanzler Erhard sich selbst auf den Kanzlerthron zu setzen¹⁴.

Doch es gab noch andere potentielle Kandidaten für die Nachfolge Adenauers. Der Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, Will Rasner, brachte Schröder ins Spiel. Er berichtete dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, ein Teil des Fraktionsvorstands könne sich sehr wohl auch den bisherigen Innenminister als neuen Kanzler vorstellen¹⁵. Auch der Fraktionsvorsitzende, Heinrich Krone, ließ durchblicken, daß er im Zweifelsfall lieber seinen Kontrahenten Schröder im Palais Schaumburg sähe, wenn anders Strauß' Griff nach der Macht nicht zu verhindern sei¹⁶. Krone hatte selbst Chancen auf die Kanzlerschaft, genauso wie Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der als aussichtsreichster Kandidat für eine Allparteienregierung galt, die Bundespräsident Lübke favorisierte. Gerstenmaier zögerte aber vor dem entscheidenden Schritt, da er nicht, wie er erklärte, als „Kanzler-Killer“ in die Geschichte eingehen wollte¹⁷. Im Grunde war aber kein wirklich aussichtsreicher Konkurrent Erhards im Kampf um die Nachfolge Adenauers auf der politischen Bühne auszumachen, denn die große Mehrheit der Partei sah in ihm immer noch den natürlichen Erben Adenauers¹⁸.

Die prekäre Lage in Berlin ließ jedoch keine Zeit für interne Personalquerelen. Außerdem war es CDU und CSU sowieso nicht möglich, diese Frage allein zu entscheiden, da sie, um eine handlungsfähige Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden, auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Adenauer machte zudem deutlich, daß er nicht bereit war, kampfflos sein Amt aufzugeben¹⁹. Er konnte sich immer noch auf eine große Anhängerschaft stützen, vor allem an der Parteibasis. Erhard mangelte es zwar auch nicht an Rückhalt, doch die Zahl seiner Gegner war nicht gering. Innerhalb der Union schreckte man auch davor zurück, den erfahrenen und in der Bevölkerung – trotz mancher Schwächen in jüngster Zeit – hoch angesehenen ‚Alten‘ handstreichartig davonzujagen²⁰. Dennoch wäre Erhard im Herbst 1961 der Sprung ins Kanzleramt wohl geglückt, hätte er nur entschlossen genug seinen Anspruch angemeldet. Unter dem Druck seiner Anhängerschaft, der sogenannten *Brigade Erhard*²¹, zeigte sich der Wirtschaftsminister auch zunächst ungewohnt kämpferisch, doch als Adenauer seinen ungebrochenen Machtwillen zu erkennen gab, machte er relativ schnell einen

¹⁴ Vgl. BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 343; SCHWARZ, Adenauer II, S. 677.

¹⁵ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 678.

¹⁶ Vgl. KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 30. 9. 1961, S. 535.

¹⁷ Zitiert nach MENDE, Die neue Freiheit, S. 482.

¹⁸ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 678.

¹⁹ Vgl. dazu z. B. die Äußerungen Adenauers gegenüber dem Bonner Korrespondenten der *Times*, Charles Hargrove, am 20. 9. 1961, in: ADENAUER, Teegespräche 1961–1963, S. 12–14.

²⁰ Zu den internen Diskussionen in der Union vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 559–580; SCHWARZ, Adenauer II, S. 678.

²¹ Dies war eine Anspielung auf das Freikorps des Korvettenkapitäns Ehrhardt, das im sogenannten Kapp-Putsch 1920 eine entscheidende Rolle spielte. Vgl. dazu HÜRTEIN, Bürgerkriege in der Republik, S. 88f.

Rückzieher²². Den entscheidenden Ausschlag für die Verlängerung der Ära Adenauer war die Zusage des Kanzlers am 19. September gegenüber dem Bundesvorstand der CDU, er beabsichtige nicht, bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 1965, im Amt zu bleiben, sondern er werde „etwa in der Mitte dieser vier Jahre“ zurücktreten²³. Adenauer versprach, diese Aussage nach seiner Wahl zum Kanzler in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden schriftlich zu fixieren²⁴. Die Ankündigung einer befristeten Kanzlerschaft bewog auch die Zweifler in der Partei, sich noch einmal hinter Adenauer zu stellen²⁵.

Doch wie sollte der Wunschpartner der Union, die FDP, dazu gebracht werden, entgegen ihrer Ankündigung doch unter einem Kanzler Adenauer in eine Koalition einzutreten? Der mittlerweile 86-jährige erwies sich bei seiner inzwischen vierten Regierungsbildung erneut als gewiefter Taktiker: Mit dem Vorschlag, zunächst nur Sachfragen zu erörtern und sich den strittigen Personalfragen erst danach zuzuwenden, brachte er die Liberalen an den Verhandlungstisch²⁶. Außerdem führte er am 25. September demonstrativ Gespräche mit der sozialdemokratischen Parteispitze, um der FDP zu signalisieren, die Union sei nicht auf Gedeih und Verderb auf die Freien Demokraten angewiesen²⁷. Zwar wurden bei dieser Unterredung nur Freundlichkeiten ausgetauscht²⁸, die Wirkung nach außen war dennoch enorm²⁹. Ob Adenauer tatsächlich auch eine Koalition mit den Sozialdemokraten in Erwägung zog, sei dahingestellt³⁰. Die Warnung wurde in der FDP-Parteizentrale jedenfalls verstanden. Mende wußte seit einer Unterredung mit Brandt, daß die SPD zu einem Eintritt in die Regierung bereit war und Adenauer über die gesamte Legislaturperiode als Kanzler mittragen würde. Im Hinblick auf Bestrebungen in den beiden großen Parteien, das Wahlrecht zu Ungunsten der FDP zu ändern, sagte er zu seinen Parteifreunden: „Freunde, wenn wir jetzt nicht umfallen, werden wir ausfallen.“ Den Liberalen blieb nichts anderes übrig, als eine erneute Kanzlerschaft Adenauers hinzunehmen, da alle Unions-Diadochen entge-

²² Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 571 und S. 577–580.

²³ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 19. 9. 1961, ACDP VII-001-010/6, bzw. in: PROTOKOLLE DES CDU-BUNDESVORSTANDS, S. 7.

²⁴ Vgl. Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 19. 9. 1961, ACDP VII-001-010/6, bzw. in: PROTOKOLLE DES CDU-BUNDESVORSTANDS, S. 43. Tatsächlich richtete Adenauer am 8. 11. 1961 an Krone ein derartiges Schreiben. Von einer Begrenzung der Kanzlerschaft auf zwei Jahre war aber dort nicht mehr die Rede. Der Kanzler erklärte lediglich: „Den Wahlkampf 1965 beabsichtige ich nicht für meine Partei zu führen. Ich werde daher mein Amt als Bundeskanzler so rechtzeitig niederlegen, daß mein Nachfolger in diesem Amt eingearbeitet ist, dies zu tun.“ Vgl. ACDP, Nachlaß Krone I-028-008/1. Vgl. ferner BARRING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 349. Ein gleichlautendes Schreiben erhielt der FDP-Vorsitzende Mende. Vgl. den Artikel „Kanzler schrieb an Mende und Krone. Kein Rücktrittstermin genannt.“, in: GENERAL-ANZEIGER vom 9. 11. 1961, S. 1.

²⁵ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 678.

²⁶ Vgl. MENDE, Die schwierige Regierungsbildung 1961, S. 313.

²⁷ Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 567f. und S. 574f.; SCHWARZ, Epochenwechsel, S. 233f.

²⁸ Vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 45.

²⁹ Vgl. KÖHLER, Adenauer, S. 1120.

³⁰ Zu den Überlegungen Adenauers vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 675f.

gen früherer Zusagen nicht gegen den ‚Alten‘ votieren wollten³¹. Zudem fand in der Union inzwischen ein Stimmungsumschwung statt: Trotz einiger Unzufriedenheit mit Adenauer wollte man sich von den Liberalen nicht den Kanzler vorschreiben lassen³².

So wurden am 2. Oktober 1961 zwischen CDU, CSU und der FDP Koalitions-gespräche aufgenommen. Für die Union saßen Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß am Verhandlungstisch, die Freien Demokraten waren durch Erich Mende und Willi Weyer, den Vorsitzenden des größten liberalen Landesverbandes, Nordrhein-Westfalen, vertreten. Adenauer konnte erfreut feststellen, daß seine liberalen Gesprächspartner sich nach zähen Verhandlungen weitgehend mit dem Inhalt des von der Union als Verhandlungsgrundlage vorgelegten Papiers einverstanden erklärten. Vor allem die uns hier interessierenden Punkte zur Deutschland- und Sicherheitspolitik stellten den Kanzler zufrieden³³: Oberstes Ziel der Bundesregierung blieb die Wiedererlangung der staatlichen Einheit. Sowohl die Neutralisierung eines vereinten Deutschlands wie ein Verzicht auf die Westbindung der Bundesrepublik wurden jedoch strikt ausgeschlossen. Grundlage für die Hoffnung auf Wiedervereinigung blieb Artikel 7 des Deutschland-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954, in dem sich die drei Westmächte, Frankreich, Großbritannien und die USA, verpflichtet hatten, „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“, anzustreben und auf eine „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland“ hinzuwirken, wobei „die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß“³⁴. Union und FDP betonten, sie würden am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik festhalten und lehnten infolgedessen jegliche Aufweichung der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR ab. Im Hinblick auf die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Verhandlungen wurde die Aufrechterhaltung der bestehenden Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik gefordert und die Gültigkeit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Rechtslage betont. Das Koalitionsabkommen gab ferner der neuen Bundesregierung den Auftrag, die Initiative in der Deutschland-Politik zurückzugewinnen und Friedensverhandlungen für

³¹ FLISZAR, Mit der FDP regieren, S. 142 f. Zur Diskussion in der FDP vgl. auch KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 576–593; MENDE, Die schwierige Regierungsbildung 1961, S. 307–312; ders., Die neue Freiheit, S. 482–485; ders., Straußen vor der Tür. Die Alternative einer sozialliberalen Koalition stellte sich nicht, da die programmatischen Differenzen zwischen SPD und FDP noch zu groß waren. Vgl. dazu ders., Die schwierige Regierungsbildung 1961, S. 311.

³² Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 577. Vgl. dazu auch entsprechende Äußerungen des Bundestagsabgeordneten und Landesvorsitzenden der CDU Hamburg, Erik Blumenfeld; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 19. 9. 1961, ACDP VII-001-010/6, bzw. in: PROTOKOLLE DES CDU-BUNDESVORSTANDS, S. 43.

³³ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 681.

³⁴ Für den Wortlaut von Artikel 7 des Vertrags vom 26. 5. 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. 10. 1954 (General- bzw. Deutschland-Vertrag) vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 232.

Gesamtdeutschland anzustreben. Bezüglich der Sicherheitspolitik einigten sich die beiden Parteien, auf eine Verstärkung der Konsultation und Integration in NATO und WEU hinzuarbeiten. Durch die Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate kam man der Forderung Washingtons nach, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken. Des weiteren stimmte die FDP dem Ziel zu, eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO ins Leben zu rufen. Adenauer mußte dafür hinnehmen, daß die neue Bundesregierung auch über die von ihm abgelehnten Zonen mit militärischem Sonderstatus verhandeln würde, sofern diese Frage im Falle von Verhandlungen über die deutsche Frage zur Sprache kommen sollte³⁵. Obwohl der Kanzler jeglichen militärischen Sonderstatus für ein wiedervereinigtes Deutschland bislang mit dem Argument abgelehnt hatte, eine Diskriminierung müsse verhindert werden, stellte er jetzt seine Einwände zurück, da Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands im Augenblick sowieso nicht realistisch waren. Angesichts der schwelenden Berlin-Krise hatte in seinen Augen die Einigung auf eine tragfähige Grundlage in der Deutschland- und Sicherheitspolitik für die kommende Legislaturperiode Priorität³⁶.

Ende Oktober 1961 stand der Koalitionsvertrag. Nun rückten die personellen Fragen in den Vordergrund. Nachdem die Freien Demokraten einer zeitlich begrenzten Verlängerung der Kanzlerschaft Adenauers zugestimmt hatten, konzentrierten sich die personellen Querelen jetzt auf die Leitung des Auswärtigen Amts. Zunächst hatte Mende daran gedacht, die Schaffung eines dritten Staatssekretärpostens an der Koblenzer Straße zu fordern, der der FDP überlassen werden sollte³⁷. Außerdem beabsichtigte er, den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages für sich zu beanspruchen³⁸. Plötzlich erklärte er jedoch, der bisherige Außenminister, Heinrich von Brentano, sei krank und deshalb seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen. Die CDU solle personelle Vorschläge für die Leitung des Außenministeriums machen³⁹. Brentano sah sich – nicht zu Unrecht – in der Rolle eines Bauernopfers, welches die FDP nun der Öffentlichkeit präsentieren wollte, nachdem sich ihr Wahlversprechen, eine erneute Kanzlerschaft Adenauers zu verhindern, nicht realisieren ließ: „Man schlägt den Sack und meint den Esel“, kommentierte er die Forderung nach seinem Rücktritt, den er zunächst kategorisch ablehnte. Er war aber bereit, einen Liberalen als dritten Staatssekretär zu akzeptieren⁴⁰. Die FDP bestand aber auf seiner Demission⁴¹. Die Regierungs-

³⁵ Für den Wortlaut des Koalitionsabkommens vgl. MENDE, Die schwierige Regierungsbildung 1961, S. 314–318.

³⁶ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 683.

³⁷ Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung am 27. 10. 1961, ACDP VIII-001–1503/4.

³⁸ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 689.

³⁹ Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung am 27. 10. 1961, ACDP VIII-001–1503/4.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Mende behauptete im Rückblick: „Die FDP hatte zu keiner Zeit den Rücktritt des Bundesaußenministers gefordert.“ Vgl. MENDE, Die neue Freiheit, S. 486. Dies entspricht aber nicht den Tatsachen. So erklärte z. B. Willi Weyer vor dem Bundeshauptausschuß der FDP am 21. 10. 1961: „Wir haben [die] Forderung in die CDU hineinragen müssen, nämlich daß Herr von Brentano für die Freie Demokratische Partei nicht akzeptabel sei. In

bildung drohte nun an einer einzigen Streitfrage zu scheitern. Adenauer stand vor der Wahl, entweder den Verhandlungspoker wieder am Nullpunkt zu beginnen oder sich dem Ultimatum zu beugen. Der Kanzler schlug daraufhin eine zweigleisige Taktik ein: Seinen Parteifreunden versicherte er, er werde dem Erpressungsversuch der Freien Demokraten nicht nachgeben; am Verhandlungstisch hingegen machte er gegenüber Mende Andeutungen, er sei durchaus gesprächsbereit⁴².

Die Liberalen hatten dem Kanzler inzwischen eine Liste der für die Nachfolge Brentanos in Frage kommenden Personen vorgelegt. Neben den Namen Krone, Schröder und Gerstenmaier stand auf ihr auch der des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, sowie der des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger⁴³. Letzterer erhielt auch sogleich Unterstützung von Strauß⁴⁴. Doch Adenauer wollte weder Kiesinger noch Gerstenmaier am Kabinetttisch haben⁴⁵. Die übrigen Kandidaten waren aber innerhalb der Union umstritten. Eine Entscheidung für einen von ihnen mußte zwangsläufig zu heftigen internen Auseinandersetzungen führen. Eine Zerreißprobe, so glaubte man, sei nur zu vermeiden, wenn die FDP selbst das Amt besetzte. Offensichtlich bewog diese Erkenntnis den Kanzler dazu, Mende das überraschende Angebot zu machen, selbst das Auswärtige Amt zu übernehmen. Doch der Parteivorsitzende der Liberalen lehnte die Übernahme eines Ministerpostens mit der Begründung ab, er könne nicht in ein Kabinett Adenauer eintreten, nachdem er sich im Wahlkampf so deutlich gegen den Kanzler ausgesprochen habe⁴⁶. Ein Kompromißvorschlag der FDP sah den Verzicht auf den Rücktritt von Brentanos vor, sofern im Außenministerium der Posten eines im Kabinett stimmberechtigten Staatsministers geschaffen und von einem Liberalen besetzt würde. Außerdem forderten die Freien Demokraten die Einrichtung eines Europaministeriums, dessen Leitung Walter Scheel übernehmen sollte. Diesen Plan lehnte aber Brentano entschieden ab⁴⁷. Auch Bundeswirtschaftsminister Erhard sprach sich gegen die Errichtung eines eigenständigen Ministeriums für Europa-Politik aus, das die Kompetenzen seines Hauses eingeschränkt hätte⁴⁸. Gleichzeitig sorgte ein neuerlicher Streit um das Koalitionsabkommen wieder für Aufregung. Schließlich wurden am 26. Oktober die Verhandlungen zwischen Union und FDP ergebnislos abgebrochen⁴⁹. Die Bildung eines vierten Kabinetts Adenauer schien gescheitert.

diesem Triumvirat Adenauer-Strauß-Brentano müsse auf jeden Fall der Außenminister weichen. Denn alle Aussagen zur Außenpolitik, die wir vereinbart haben, seien nur glaubwürdig, wenn in der Leitung des Auswärtigen Amtes ein Wechsel vorgenommen würde.“ Zitiert nach KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 590.

⁴² Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 689–693.

⁴³ Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung am 27. 10. 1961, ACDP VIII-001–1503/4.

⁴⁴ Vgl. KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 21. 10. 1961, S. 546.

⁴⁵ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 692; ders., Epochenwechsel, S. 236.

⁴⁶ Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 590f. und S. 597; MENDE, Die neue Freiheit, S. 484.

⁴⁷ Vgl. BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 356–365; KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit, S. 398.

⁴⁸ Vgl. KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, S. 595.

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 595f.

Der nach Adenauers eigenem Bekunden „völlig überraschend[e]“⁵⁰ Beschluß Brentanos, sein Amt niederzulegen, bot unerwartet einen Ausweg aus der Sackgasse. Der Außenminister hatte zunehmend physisch wie psychisch unter der immer hektischer gewordenen Diskussion um seine Person gelitten⁵¹. Am 28. Oktober erklärte er deshalb dem Kanzler in einem Schreiben, er beabsichtige aus dem Kabinett auszuschneiden und begründete dies zum einen mit seiner Enttäuschung über das Verhalten Adenauers, der ihm seiner Ansicht nach zu wenig den Rücken gestärkt hatte, zum andern wollte er der Parteiräson Genüge tun, da seine Person zum größten Hindernis für die Regierungsbildung geworden war⁵². Hinter der Forderung nach seiner Demission, warnte er Adenauer, stehe aber in Wahrheit die Absicht, einen politischen Kurswechsel durchzuführen⁵³. Dieser versuchte zwar seinen langjährigen politischen Weggefährten noch einmal umzustimmen, doch erkannte er auch, daß sich nun die Chance bot, die Regierungsbildung endlich abzuschließen⁵⁴. Adenauers Verhalten in dieser Angelegenheit war in der Tat etwas dubios: Brentano war überzeugt, daß der Kanzler nicht wirklich interessiert war, ihn im Amt zu halten, während jener beteuerte, er sei entschlossen gewesen, dessen Verbleib an der Koblenzer Straße durchzusetzen⁵⁵.

Doch wer sollte der Nachfolger Brentanos werden? Wie bereits erwähnt, lehnte Adenauer Gerstenmaier und Kiesinger als Außenminister ab; auf den Vorschlag, Abs zu berufen, ging er nicht ein⁵⁶, und Krone verzichtete von sich aus⁵⁷. Damit blieb nur noch Schröder als Wunschkandidat der Freien Demokraten übrig. Obwohl er sich bisher gegenüber dem Kanzler stets loyal verhalten hatte und dafür als „Adenauers Musterschüler und Adenauers Treuester“⁵⁸ oder als „Adenauers Musterknabe“⁵⁹ verspottet wurde, hatte der Kanzler dennoch Zweifel an der Zuverlässigkeit seines Innenministers. Schröders gute Beziehungen zur FDP, insbesondere zu Weyer, Mende und Scheel, weckten Adenauers Mißtrauen. Zudem war dem Kanzler bewußt, daß einem neuen Außenminister in Anbetracht der gespannten Situation in Berlin keine Schonfrist gewährt werden würde⁶⁰. Schröder

⁵⁰ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 11. 12. 1961, ACDP VII-001-010/6, bzw. in: PROTOKOLLE DES CDU-BUNDESVORSTANDS, S. 66.

⁵¹ Vgl. BARING, Bundeskanzler, S. 347 und S. 368 f.

⁵² Vgl. das Schreiben Brentanos an Adenauer vom 28. 10. 1961 sowie die offizielle Rücktrittserklärung Brentanos vom 30. 10. 1961, in: BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 363–366 bzw. S. 372 f.

⁵³ Vgl. das Schreiben Brentanos an Adenauer vom 28. 10. 1961, in: ebenda, S. 363–366. Brentano wurde von seinen Mitarbeitern gedrängt, diese Formulierung in das Schreiben aufzunehmen. Damit sollte er seine Unabhängigkeit von Adenauer unterstreichen und so seine Chancen auf die Kanzlernachfolge erhöhen. Vgl. dazu OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“, S. 79.

⁵⁴ Vgl. BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 371–374; KÖHLER, Adenauer, S. 1125 f.

⁵⁵ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 689–692; BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 368–370.

⁵⁶ Vgl. KÖHLER, Adenauer, S. 1124.

⁵⁷ Vgl. KRONE, Tagebücher, Eintrag vom 21. 10. 1961, S. 547.

⁵⁸ HENKELS, 111 Bonner Köpfe, S. 293.

⁵⁹ Vgl. den Artikel „An der Mende-Marke“, in: DER SPIEGEL vom 4. 10. 1961, S. 25.

⁶⁰ Vgl. SCHWARZ, Adenauer II, S. 693.